

BÜNDNIS DEUTSCHLAND



BADEN-WÜRTTEMBERG

Freiheit. Wohlstand. Sicherheit.

**Vernunft statt
Ideologie!**

Programm von BÜNDNIS DEUTSCHLAND Baden-Württemberg für die Wahl
zum 18. Landtag am 08.03.2026

Vorwort

Dieses Programm ist anders. Es spricht mit vielen Stimmen und genau das ist seine Stärke. Die Texte, die Sie auf den folgenden Seiten finden, stammen direkt aus der Feder unserer Mitglieder. Sie wurden von den Menschen geschrieben, die tief in der Materie stecken und mit ihrem Fachwissen für unsere Inhalte brennen. Wir haben uns bewusst gegen eine Vereinheitlichung der verschiedenen Schreibstile entschieden. Warum? Weil wir überzeugt sind, dass Authentizität mehr wiegt als ein uniformer Ton. Sie lesen hier also die 1-zu-1-Positionen unserer Expertinnen und Experten direkt, ungefiltert und auf den Punkt gebracht. Das ist unser Verständnis von einer lebendigen und kompetenten Mitmach-Partei.

Inhalt

Vorwort	1
Präambel	5
Demokratie erneuern – Bürger statt Parteien stärken	6
Meinungsfreiheit schützen. Für offene Debatten ohne Denkverbote	6
Mehr direkte Demokratie und Schutz der Freiheit	6
Steuern vereinfachen, Leistung belohnen	6
Kommunen	7
Finanzpolitik	7
Föderalismus	7
Flächeneffizienz und nachhaltige Gewerbebauten	8
Infrastruktur und Katastrophenschutz modernisieren	8
Für Veranstaltungen und Vereinsleben	8
Kontrolle von Handwerk, Industrie und Landwirtschaft reformieren	8
Bürokratieabbau	8
Landeshaushalt	9
Ministerien	9
Länderfinanzausgleich	9
NGOs	9
Privatisierung	10
Europa	10
Migration klare Regeln statt Zwangsquoten	10
Gesetzgebung auf Bundesebene	11
Energiepolitik	11
Kurswechsel in der Energiepolitik	11
Energie bezahlbar und sicher machen, für Bürger und Industrie	11
Automobilstandort Baden-Württemberg	12
Mobilität/Verkehr	12
Wohnungsbau	13
Wohnungsbaukrise durch Bürokratieabbau beenden	13
Investitionstau aufheben	14
Billig bedeutet nicht automatisch gut	14
Entsorgung und Recycling	14
Beschleunigung von Bauvorhaben	14
Baden-Württemberg muss wieder produzieren, statt verlieren	14
Bürokratie abbauen und Staat modernisieren	15
Staat modernisieren statt aufblähen	15

Digitale Zukunft Baden-Württemberg	15
Digitale Souveränität und Grundrechte	15
Ausbau der digitalen Infrastruktur	16
Modernisierung der Verwaltung	16
Stärkung der Innovationskraft	16
Exzellenz in digitaler Bildung	16
Schutz der Meinungsfreiheit und Datenschutz	17
Innovation stärken, Mittelstand vernetzen, Regionen fördern	17
Finanzielle Selbstbestimmung, Bargeld und Währungsfreiheit	17
Arbeitskräftemangel lösen, qualifizierte Zuwanderung statt Sozialmigration	18
Innenpolitik/Sicherheit	18
Klare Migrationsregeln	19
Staatsbürgerschaft verdient – nicht verschenkt	20
Mehr Polizei auf unseren Straßen	20
Bessere Ausstattung der Polizei	20
Zuständigkeitserweiterung der Polizei	21
Respekt und Wertschätzung	21
Unabhängige Justiz	21
Handwerk und Kleinbetriebe, Rückgrat unserer Wirtschaft	21
Pflege	22
Häusliche Pflege / Unterstützung der Angehörigen	22
Schutz vor finanziellen Härten	23
Pflegepersonal	23
Pflegeheime	23
Soziales	23
Rente	23
Bürgergeld	24
Gesundheit	25
Finanzierung	25
Wohnortnahe medizinische Versorgung	26
Bürokratie-Abbau:	27
Prävention	27
Ablehnung der elektronischen Patientenakte	27
Corona-Aufarbeitung durch Untersuchungsausschuss / WHO / IGV	27
Ganzheitliche Behandlungen ermöglichen / Homöopathie zurück in die Hörsäle	28
Sport	28
Sport aufwerten	29
Sportstättenbau	29

Förderung des Kindergartensports	29
Förderung des Schulsports	29
Bundesjugendspiele	30
Förderung des Behinderten-, Reha-, Breiten-, Leistungs- und Spitzensports	30
Förderung der Sportvereine	30
Anerkennung und Förderung des Trainerberufs	30
Familienpolitik	30
Kinderbetreuung, Vereinbarkeit und familienfreundliche Unternehmen	30
Finanzielle Sicherheit und Wohnen	31
Bildung und Elternunterstützung	31
Gesundheit und seelische Stabilität	31
Schutz von Kindern und Jugendlichen	31
Verantwortung der Eltern und gemeinsame Sorge	31
Landwirtschaft/Ernährung	32
Ernährung	32
Düngung	32
Mehr Freiraum statt Regulierung	32
Umweltschutz mit Augenmaß	33
Regionale Versorgung und Selbstbestimmung	33
Transparente Kennzeichnung und Informationsfreiheit	33
Bildung in Baden-Württemberg	33
Sprache ist die Grundlage für Bildung	34
Sprachfähigkeit	34
Kindergärten	34
Neue Möglichkeiten für frühkindliche Bildung erschließen	34
Grundschulen	35
Grundschulempfehlung	35
Sexualkundeunterricht	35
Weiterführende Schulen	35
Bildungsinhalte und Wertevermittlung	36
Mehr Autonomie für Schulleitungen	36
Berufsschulen und duale Ausbildung stärken	37
Medien/ÖRR	37

Präambel

Baden-Württemberg steht am Scheideweg. Unser wirtschaftlicher Erfolg – über Jahrzehnte erarbeitet durch Fleiß, Erfindergeist und Unternehmertum – wird inzwischen bedroht durch überbordende Bürokratie, ideologische Übersteuerung und einer Politik, die Leistung nicht mehr belohnt. Der Mittelstand leidet, Investitionen stocken, Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. BÜNDNIS DEUTSCHLAND tritt an, um den wirtschaftlichen Stillstand zu überwinden. Wir setzen auf **Freiheit, Wohlstand und Sicherheit**. Unser Ziel ist ein dynamisches Baden-Württemberg, in dem sich Leistung wieder lohnt, Unternehmen investieren können und Innovation willkommen ist.

Wir stehen für Wirtschaftspolitik mit Vernunft statt Ideologie, weniger Belastung, weniger Vorschriften und mehr Gestaltung**freiheit**. BÜNDNIS DEUTSCHLAND fördert einen starken Mittelstand, funktionierende Infrastrukturen und ein leistungsfähiger Arbeitsmarkt als Grundlage unseres **Wohlstands**. Dieses Programm ist unser Angebot für ein Baden-Württemberg der Macher: frei, stark und zukunftsfähig in Stadt und Land, für alle, die anpacken statt abwarten wollen.

Nach Jahren schwarzer und grüner Regierungen fehlt es an Mut, Entschlossenheit und Reformbereitschaft. Es ist Zeit für einen Neuanfang. Deutschland braucht eine Staatsreform – zurück zu einem schlanken, handlungsfähigen und effizienten Staat und einer freien, sozialen Marktwirtschaft. Ohne die marktwirtschaftlichen Reformen von 1948 hätte es die Wirtschaftswunderjahre mit zweistelligen Wachstumsraten und Vollbeschäftigung in den 1960er Jahren nie gegeben. An diese Erfolgsgeschichte wollen wir anknüpfen.

Der Staat soll sich auf Kernaufgaben konzentrieren wie innere und äußere Sicherheit, eine funktionierende Justiz, hochwertige Bildung, solide Infrastruktur und den Schutz der Grundrechte. Der Staat schafft die nötigen Rahmenbedingungen, soll aber nicht bevormunden, belehren oder erziehen.

Demokratie erneuern – Bürger statt Parteien stärken

Der Landtag soll handlungsfähiger, transparenter und bürgernah werden. Deshalb fordern wir die Verkleinerung des Parlaments auf maximal 100 Abgeordnete. Eine schlankere Volksvertretung spart nicht nur Kosten, sondern steigert auch Übersichtlichkeit und Effizienz der politischen Arbeit. Die Amtszeit von Landtagsabgeordneten soll auf zwei volle Wahlperioden, also maximal zehn Jahre, begrenzt werden, um Machtkonzentrationen, politische Abhängigkeiten und das Entstehen eines Berufspolitikertums zu verhindern. Abgeordnete sind gem. §38 des Grundgesetzes nur ihrem Gewissen verpflichtet. Dies muss endlich wieder für alle Parlamente gelten.

Meinungsfreiheit schützen. Für offene Debatten ohne Denkverbote

Die Meinungsfreiheit ist das Fundament jeder freien und selbstbestimmten Gesellschaft. BÜNDNIS DEUTSCHLAND steht kompromisslos zu Artikel 5 des Grundgesetzes: Jeder Bürger hat das Recht, seine Meinung öffentlich zu äußern, auch zugespitzt, satirisch oder unbequem. In einer lebendigen Demokratie darf es keine Denkverbote geben. Wir wehren uns gegen jede Einschränkung dieser Freiheit durch ideologisch gesteuerte Sprachregelungen, staatlich geförderte Haltungsprojekte oder gesellschaftliche Ausgrenzung Andersdenkender. Demokratische Debatten leben von Vielfalt, nicht Konformität. Meldeportale zur Denunziation von Meinungen sind abzuschalten.

Mehr direkte Demokratie und Schutz der Freiheit

Die Bürgerbeteiligung soll gestärkt werden, insbesondere bei großen Projekten, die das Leben vor Ort direkt betreffen, müssen die Menschen selbst entscheiden können. Sei es beim Bau einer neuen Oper in Stuttgart, bei der Errichtung von Asylunterkünften oder bei umstrittenen Klimaschutzprojekten. Direkte Demokratie stärkt das Vertrauen und sorgt für Entscheidungen im Sinne der Betroffenen. Um das Vertrauen in den Rechtsstaat zu festigen, setzen wir uns für unabhängige Sonderkommissionen bei fragwürdigen Verfahren wie im Fall Ballweg ein. Dies ist keine inhaltliche Unterstützung seiner Positionen, sondern ein klares Bekenntnis zu einer Demokratie, die auch unbequeme Meinungen aushält. Ein zentraler Pfeiler unserer Politik ist der Schutz von Freiheit und Bürgerrechten. Sicherheit darf nicht auf Kosten der Freiheit erkaufte werden.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt auf eine starke Demokratie, die den Bürgerwillen ernst nimmt. Deshalb wollen wir verbindliche Volksentscheide in Baden-Württemberg ermöglichen.

Steuern vereinfachen, Leistung belohnen

Das deutsche Steuersystem belastet vor allem die arbeitende Mitte mit hohen Abgaben und verwirrenden Regelungen. Viele Menschen haben trotz harter Arbeit kaum mehr zum Leben, während der Staat immer neue Bürokratie aufbaut. BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert deshalb eine grundlegende Steuerreform hin zu einem einfachen, gerechten und leistungsfreundlichen System. Statt ständig über höhere Mindestlöhne zu diskutieren, setzen wir auf eine wirksame Entlastung bei Steuern und Abgaben, denn netto bleibt von vielen Lohnerhöhungen durch Abzüge und Sozialleistungen kaum etwas übrig. Wir wollen das ändern. Eine Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags auf 18.000 Euro pro Person stellt das Existenzminimum realistisch steuerfrei und entlastet Normalverdiener deutlich. Der bisherige monatliche Minijob-Freibetrag von 556 Euro soll on top dazu kommen. Entweder man arbeitet in einem zusätzlichen Minijob oder bekommt diesen Betrag beim Hauptjob zusätzlich steuerfrei angerechnet. Wer mehr arbeitet, soll auch im Hauptberuf profitieren, nicht nur in Nebenjobs. Damit machen wir Arbeit attraktiver und reduzieren gezielt die Steuerlast auf niedrige und mittlere Einkommen.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert die komplette Aufhebung der Mindestlohnregelungen als ersten notwendigen, aber nicht hinreichenden Schritt, um wieder Schaffenskraft, Erfindergeist und Fleiß der Bundesbürger zu entfesseln. Der Staat muss sich im Rahmen der Tarifautonomie aus der Lohnfestsetzung heraushalten. Die Mindestlohnregelungen stellen einen gravierenden Eingriff in die Vertragsfreiheit dar, und deren negative Auswirkungen wie Arbeitsplatzabbau, steigende Preise und höhere Steuerbelastungen treffen in ihrer Gesamtauswirkung vor allem die

sozial Schwächsten. Letztendlich entlastet der Mindestlohn nur den Staat jedoch nicht den Bürger. Ein steigender Mindestlohn sorgt in vielen Fällen für einen sinkenden Wohngeldzuschuss, sodass nur aufgrund dieses Postens ein Großteil der Erhöhung für den Einzelnen verpufft.

Auch die Unternehmen wollen wir von der Steuerbürokratie befreien. Anstelle von Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer soll mittelfristig eine einheitliche Unternehmenssteuer von 20 Prozent auf Gewinne treten. Bis dahin sollen die Kommunen das Recht behalten, selbst über ihre Gewerbesteuer zu entscheiden ohne gesetzlichen Mindesthebesatz. Damit geben wir den Gemeinden mehr Spielraum und fördern wirtschaftsfreundliche Bedingungen vor Ort.

Langfristig befürwortet BÜNDNIS DEUTSCHLAND ein einfaches und transparentes Steuersystem mit niedrigen, einheitlichen Sätzen. Einkommen aus Arbeit und Kapital soll mit einem pauschalen Steuersatz belastet werden: einfach, verständlich und leistungsgerecht. Gleichzeitig wollen wir die Verbrauchssteuern senken. Sonderabgaben wie die Energiesteuer, Stromsteuer, CO₂-Abgabe, der Solidaritätszuschlag, die Tabaksteuer und die Kfz-Steuer sollen abgeschafft werden, da sie Bürger und Unternehmen massiv belasten und unnötigen Verwaltungsaufwand erzeugen. Unser Ziel ist ein modernes Steuersystem, das sich auf wenige, leicht nachvollziehbare Kernsteuern beschränkt: eine pauschale Einkommensteuer, eine sozialverträgliche Umsatzsteuer und eine planbare, wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung.

Für den erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum fordert BÜNDNIS DEUTSCHLAND, dass die Grunderwerbsteuer entfällt.

Kommunen

Finanzpolitik

Eine solide Finanzpolitik darf nicht beim Land aufhören auch unsere Städte und Gemeinden müssen verantwortungsvoll mit Steuergeld umgehen. Durch die Krise, unter anderem in der Automobilindustrie, brechen vielen Kommunen wichtige Einnahmen weg. In Stuttgart wird beispielsweise ein Rückgang von rund 50 % der Gewerbesteuereinnahmen erwartet, weil die Gewinne der großen Autohersteller und Zulieferer einbrechen. Doch anstatt gegenzusteuern und zu sparen, halten manche Kommunalpolitiker an teuren Prestigeprojekten fest. Selbst milliardenschwere Vorhaben wie die Opernsanierung werden in solchen Zeiten beschlossen, während anderswo Schulen marode sind, Verwaltungsgebäude verfallen und der Nahverkehr kriselt. In Krisenzeiten müssen Ausgaben kritisch überprüft und Prioritäten neu gesetzt werden, statt Prestigeobjekte um jeden Preis voranzutreiben. Die zentralen Aufgaben der Kommunen von Bildung über Infrastruktur, Wasser, Feuerwehr bis zum Nahverkehr haben Vorrang vor kostspieligen Leuchtturmprojekten. Wenn die Einnahmen drastisch sinken, müssen auch die Ausgaben angepasst werden. Unnötige Projekte sind zu streichen und auch die kommunale Verwaltung muss effizient und diszipliniert wirtschaften.

Ein Blick auf den Doppelhaushalt 2025/2026 in Stuttgart zeigt, wie falsche Prioritäten Kommunen in die Krise treiben. Der Landeshauptstadt fehlen über 500 Millionen Euro unter anderem wegen steigender Sozialausgaben, der Klimastrategie 2035 mit weiteren 500 Millionen Euro Kosten, zusätzlichem Personal für Verwaltung und Klimaprojekte sowie sinkenden Gewerbesteuereinnahmen. Gleichzeitig werden teure Prestigeprojekte wie die neue Oper für rund eine Milliarde Euro vorangetrieben – ein Luxus für eine elitäre Minderheit, während zentrale Aufgaben der Stadt unzureichend finanziert bleiben.

Föderalismus

Damit Gelder des Landes künftig zielgerichtet und gerecht ankommen wollen wir die kommunale Eigenverantwortung stärken. Anstelle von kleinteiligen Förderprogrammen mit aufwendigen Antragsverfahren und Kofinanzierungszwang, setzen wir uns für eine pauschale Schlüsselzuweisung ohne Zweckbindung ein. Kommunen wissen selbst am besten, was sie vor Ort benötigen. Statt Zuschusssystem für oft ideologische Projekte soll das Geld direkt an die Kommunen

fließen, damit diese selbst entscheiden können, ob es in Schulen, Straßen, Pflegeinfrastruktur oder Digitalisierung investiert wird. Die vielen Einzelprogramme, Fördertöpfe und Antragsbürokratien entfallen, was Verwaltungskosten spart und Planungssicherheit schafft. Grundlage der Zusammenarbeit zwischen Bund, Land und Kommunen muss konsequent sein: Wer die Aufgaben trägt, muss auch die Mittel dafür erhalten. In der Vergangenheit haben die Kommunen immer mehr Pflichten auferlegt bekommen, die jedoch nicht vollständig gegenfinanziert wurden. Nicht umgekehrt. Das stärkt die Eigenverantwortung, die demokratische Legitimation und entlastet gleichzeitig die Verwaltungen. Kurz gesagt: Geld folgt den Aufgaben nicht andersherum.

Langfristige Gemeinde- und Stadtentwicklung mit der Orientierung an den Bürgern, der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung sowie den freiwilligen Leistungen für Sport-, Kultur- und Jugendarbeit. Dazu brauchen die Kommunen einen stabilen Haushalt, an dessen Jahresende nicht gleich etwas von neuem Geld abgezogen wird, wenn noch etwas übrig ist, das für noch nicht benannte Projekte oder Verteuerungen vorgehalten wird.

Des Weiteren mischt die EU mit immer neuen Beschränkungen und Vorgaben kräftig mit, so dass die behördliche Arbeitslast stetig wächst und Personaleinstellungen erforderlich werden, um der Bürokratielast gerecht zu werden. Den Einwohnern von Städten und Gemeinden bringt dies meist nichts, sondern verursacht längere Bearbeitungszeiten, teilweise Verteuerungen und den Betrieben höhere Gewerbesteuern. BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich für eine Entbürokratisierung ein, die schnellere Bearbeitung mit weniger Personal nach sich zieht, für die Kommunen kostenentlastend ist und für die Bürger ein echter Fortschritt mit weniger Vorlaufzeit in allen Belangen.

Flächeneffizienz und nachhaltige Gewerbebauten

Für die zur Verfügung stehenden Gewerbeflächen braucht es einen effizienteren statt sorglosem Verbrauch. Mehrgeschossige Gewerbebauten statt Flächenfresser auf einer Ebene sind zu bevorzugen. Schwammgebiete sind in den Innenstädten wichtig und bei Planungen von Neubauten einzukalkulieren, um spätere hohe Nachrüstkosten zu vermeiden. Keller und hybride Gebäude sind steuerlich zu fördern. Altlastensanierung und Innenstadtentwicklung sollten vorrangig bearbeitet werden.

Infrastruktur und Katastrophenschutz modernisieren

Die Infrastruktur unserer Städte und Gemeinden sind sowohl den modernen Anforderungen unserer Gesellschaft als auch den sich verändernden Wettereinflüssen anzupassen. Die zur Verfügung stehenden Gelder sollen zügig von den Behörden vor Ort abgerufen werden, um mit geeigneten Baumaßnahmen vorsorglich das Schadenspotenzial von Naturgewalten zu reduzieren. Dazu gehören auch vereinfachte und beschleunigte Vergabeverfahren.

Für Veranstaltungen und Vereinsleben

Die Vorschriften für öffentliche Veranstaltungen wurden drastisch angehoben, so dass es für manche Kommunen nicht mehr finanziell tragbar war. Straßenfeste, Vereinsfeiern und Kulturveranstaltungen dürfen nicht durch überzogene Vorschriften behindert werden. Die Veranstaltungs**freiheit** ist Teil unserer Identität und muss für die Menschen in Stadt und Land erhalten bleiben.

Kontrolle von Handwerk, Industrie und Landwirtschaft reformieren

In allen Bereichen unseres Alltags ist Verhältnismäßigkeit das Gebot. Doch die Kontroll- und Überwachungsanstrengungen überfluten jede Art von Tätigkeiten. Wir setzen uns ein für die Entschlackung von eingeforderten Dokumentationen, Auflagen und Kontrollen. Vertrauen statt Misstrauenskultur bringt Zeitersparnis, vermindert Kosten und lässt Raum für gute Entwicklungen in unserem Land.

Bürokratieabbau

Auch die Kommunen wollen wir von Fesseln befreien. Jede Stadt und Gemeinde soll die Gewerbebesteuer nach eigenem Ermessen senken können, um gezielt Investoren anzulocken und neue Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen. Kommunen sollen mehr aktive Standortpolitik betreiben mit eigenen Förderprogrammen, schnellen Genehmigungen und gezielter

Bestandspflege. Industrie, Handwerksbetriebe und Dienstleister werden in den Städten und Gemeinden gebraucht und können ihren Teil zur Stadtentwicklung beitragen. Regionale Netzwerke und Cluster werden dadurch gestärkt. Schließlich werden wir dafür sorgen, dass öffentliche Aufträge einfacher, regionaler und mittelstandsfreundlicher vergeben werden können. Hier wollen wir den Ermessensspielraum maximal nutzen und Bürokratie abbauen, damit auch lokale Handwerker und Mittelständler wieder eine faire Chance bei öffentlichen Ausschreibungen haben.

Landeshaushalt

Ministerien

Auch im Landeshaushalt setzen wir auf eine klare Prioritätensetzung. Wir stehen für einen schlanken Staat und eine effiziente Verwaltung. Die Strukturen der Landesregierung gehören auf den Prüfstand. Wir schlagen vor, die Zahl der Ministerien deutlich zu reduzieren und die Zuständigkeiten neu zu ordnen. Statt derzeit zwölf Ministerien soll es künftig vier zentrale Ressorts geben und ein weiteres das direkt dem Ministerpräsidenten unterstellt wird:

- **Staatsministerium** wird gem. §45 Abs 4 der Landesverfassung Baden-Württemberg direkt dem Ministerpräsidenten unterstellt.
- **Justizministerium** wird nicht mit anderen Ministerien zusammengelegt. Um die Unabhängigkeit der Judikative zu stärken, soll das Amt des Justizministers künftig nur parteilos vergeben werden. Der Kandidat sollte seit mindestens zehn Jahren keiner Partei angehören und zuvor als Richter tätig gewesen sein. Er wird mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament gewählt, wobei alle Parteien ein Vorschlagsrecht haben. Kommt keine Einigung zustande, entscheidet das Volk in einer Abstimmung.
- **Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur und Finanzen** beinhaltet auch den Arbeitsmarkt, Verkehr, Digitalisierung, Energie und Umwelt.
- **Ministerium für Bildung, Kultur und Soziales** beinhaltet auch Wissenschaft, Jugend und Gesundheit
- **Ministerium für Inneres**

Weniger Ministerien bedeuten weniger Verwaltung, geringere Kosten und eine schlagkräftigere Organisation. Jeder eingesparte Euro kann direkt in die Zukunft unseres Landes investiert werden. Ein schlanker Staat ist kein schwacher Staat, sondern ein starker

Länderfinanzausgleich

Baden-Württemberg soll auch finanziell stärker auf eigenen Füßen stehen dürfen. Seit Jahrzehnten ist unser Land ein Geberland im Länderfinanzausgleich, es fließen jedes Jahr bis zu 4,5 Milliarden Euro an andere Bundesländer ab, rund 7% unseres gesamten Landeshaushalts. Größter Empfänger ist Berlin, das mit etwa 3,8 Milliarden Euro den Löwenanteil erhält. Es ist nicht vermittelbar, dass Baden-Württemberg sparen muss, während anderswo mit unserem Geld großzügige Wohltaten finanziert werden: Vollständige Abschaffung von Kita-Gebühren, während Familien im Südwesten monatlich mehrere Hundert Euro selbst bezahlen müssen. Wir fordern daher eine tiefgreifende Reform des Länderfinanzausgleichs notfalls auch dessen zeitweise Aussetzung, bis ein faires System etabliert ist. Wer dauerhaft Mittel aus anderen Ländern erhält, muss seine Ausgaben ebenso konsequent unter Kontrolle bringen. In besonders krisenanfälligen Ländern könnte das, ähnlich wie in Griechenland durch eine sogenannte Troika, mit einer zeitlich begrenzten Verwaltungsunterstützung erfolgen. Wenn Nehmerländer sich weigern, ihre Haushalte zu konsolidieren, darf Baden-Württemberg nicht weiter zur Kasse gebeten werden.

NGOs

Auch auf Landesebene prüfen wir staatliche Ausgaben konsequent auf ihre Wirksamkeit. Politische Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die eine ideologische Agenda verfolgen, sollen keine Mittel mehr aus dem

Landeshaushalt erhalten. Die Unabhängigkeit solcher Organisationen ist am besten gewährleistet, wenn sie sich aus eigenen Mitteln finanzieren. Genauso kritisch sehen wir entwicklungspolitische Förderungen, die von Baden-Württemberg aus finanziert werden, ohne dass ein konkreter Nutzen für unser Land erkennbar ist. Teure Projektpartnerschaften mit Ländern, die kaum zur Zusammenarbeit mit deutschen Behörden bereit sind - wie beispielsweise bei der Rückübernahme von Personen ohne Bleiberecht - müssen kritisch hinterfragt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Entwicklungspartnerschaften künftig strenger überprüft und gegebenenfalls beendet werden, wenn sie weder zur internationalen Zusammenarbeit noch zur Sicherheit im eigenen Land beitragen.

Privatisierung

Das Land Baden-Württemberg ist an 91 Unternehmen direkt beteiligt, von den darüber hinaus mittelbaren Beteiligungen ganz zu schweigen. Der Staat ist selten – wenn überhaupt – der bessere Unternehmer. Deshalb werden wir die bisherigen Beteiligungen des Landes Baden-Württemberg auf den Prüfstand stellen.

Europa

Der zunehmende Zentralismus der Europäischen Union steht dem Prinzip der Eigenverantwortung entgegen. Immer mehr Entscheidungen werden von der EU-Kommission oft ohne nationale Parlamente und ohne Rücksicht auf regionale Besonderheiten getroffen. Wir stellen uns entschieden gegen solche Allmachtsphantasien in Brüssel (siehe auch den neuen 2 Billionen-Euro-Plan). Die Einführung eigener EU-Steuern lehnen wir ab.

Regional weiß man besser wie öffentliche Mittel sinnvoll einzusetzen sind. Die Europäische Union soll sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren etwa auf die Vereinheitlichung technischer Standards, EU-weit einheitliche Genehmigungssysteme und eines freien und fairen Binnenhandels. Die nationale Haushalts- und Steuerpolitik muss in nationaler Hand bleiben. Baden-Württemberg trägt über Steuern und Beiträge Jahr für Jahr hohe Summen zum EU-Haushalt bei, ohne dass daraus ein klarer Vorteil für die Menschen vor Ort entsteht. Stattdessen werden Programme finanziert, deren Wirkung unklar ist, die aber tief in unsere Kompetenzen eingreifen.

Migration klare Regeln statt Zwangsquoten

BÜNDNIS DEUTSCHLAND lehnt jede verpflichtende Verteilung von Asylbewerbern strikt ab. Es darf keine europäische Asylquote geben, und auch der Bund darf Länder und Kommunen nicht zur Aufnahme verpflichten. Die Aufnahme muss auf Freiwilligkeit beruhen und sich an realistischen Kapazitäten sowie an den Sicherheitsinteressen orientieren. Deshalb fordern wir die Einführung einer jährlichen Obergrenze für Asyl orientiert an der Integrationsfähigkeit des Landes. Es soll eine verpflichtende Arbeitspflicht für alle Asylbewerber in gemeinnützigen Projekten eingeführt werden

Das deutsche Asylsystem wird vielfach für wirtschaftliche Migration zweckentfremdet. Um Armutsmigration zu beenden und Pull-Faktoren abzubauen, fordern wir eine deutliche Reduzierung finanzieller Anreize für Personen ohne Bleibeperspektive, die Umstellung auf Sach- oder Kartenleistungen in der Erstaufnahme und eine klare Trennung zwischen echter Schutzgewährung und reiner Armutsmigration.

Statt einer Verteilung in Städte und Gemeinden soll Personen ohne Bleiberecht die Freizügigkeit eingeschränkt werden, damit ihre schnelle Rückführung organisiert werden kann. Eine Integration in Kommunen darf nur dann erfolgen, wenn eine klare und gesicherte Bleibeperspektive besteht. Wir fordern die Einführung von Schnellverfahren an Grenz- und Transitzentren, die Bearbeitung muss innerhalb von max. 3 Monaten erfolgen.

Unser Ziel ist es, illegale Migration konsequent zu beenden und damit die Kommunen in Baden-Württemberg spürbar zu entlasten. Gleichzeitig wollen wir legale und qualifizierte Migration vereinfachen, um Fachkräfte zu gewinnen und unsere Wirtschaft zu stärken.

Gesetzgebung auf Bundesebene

Bundesgesetze sollen so gestaltet sein, dass ihre Umsetzung in allen Bundesländern einheitlich funktioniert. Dies erfordert Unterstützung durch gemeinsame Standards und abgestimmte Systeme. Einheitlichkeit darf jedoch nicht zur Gängelung führen. Effiziente und koordinierte Strukturen sind unverzichtbar für einen modernen, handlungsfähigen Staat.

Energiepolitik

Kurswechsel in der Energiepolitik

Die Energiepolitik in Baden-Württemberg braucht einen realistischen Kurswechsel: weg von ideologischen Ausbauzielen, hin zu wirtschaftlich tragfähigen, naturverträglichen und demokratisch legitimierten Lösungen. Der pauschale Ausbau erneuerbarer Energien darf nicht länger ohne Rücksicht auf Umwelt, Versorgungssicherheit, Kosten und Akzeptanz vor Ort erfolgen. Windkraftanlagen im windschwachen Süden Deutschlands sind häufig ineffizient, die durchschnittliche Auslastung liegt vielerorts unter 20 Prozent. Gleichzeitig entstehen massive Eingriffe in Natur und Landschaft: Wertvolle Ackerflächen und intakte Wälder werden gerodet, kilometerlange Trassen durch Schutzgebiete verlegt, gesunde Böden durch tonnenschwere Betonfundamente dauerhaft versiegelt. In den Rotorblättern stecken zudem oft PFAS-haltige Kunststoffe, die kaum recycelbar sind und über Windantrieb in die Umwelt gelangen, mit potenziell schädlichen Folgen für Mensch, Tier und Nahrungskette.

Wir sagen klar: Rodung intakter Wälder, Bodenversiegelung und massive Eingriffe in sensible Ökosysteme dürfen nicht mehr mit Klimaschutz gerechtfertigt werden. Windkraftanlagen haben dort nichts zu suchen, wo sie Natur zerstören oder Mensch und Tier gesundheitlich belasten. Die möglichen Auswirkungen von Infraschall und visueller Belastung müssen ernst genommen und wissenschaftlich sowie medizinisch unabhängig bewertet werden.

Energieprojekte müssen künftig vor Ort durch verbindliche Bürgerentscheide demokratisch legitimiert werden. Keine zentralstaatlichen Vorgaben dürfen gegen den Willen der betroffenen Gemeinden durchgesetzt werden. Der Schutz unserer Heimat, unserer Wälder und der Lebensqualität der Anwohner hat Vorrang.

Auch bei der Photovoltaik gilt: Wertvolle Ackerflächen dürfen nicht verloren gehen. Solaranlagen gehören nicht auf grüne Wiesen, sondern auf bereits versiegelte Flächen auf Dächer, Parkplätze, Lärmschutzwände oder entlang bestehender Infrastrukturen. Dort erzeugen sie Strom, ohne Lebensraum zu verdrängen oder Nahrungserzeugung zu beeinträchtigen. Agri-PV ist nur dort sinnvoll, wo die landwirtschaftliche Nutzung uneingeschränkt erhalten bleibt.

Wir stehen für eine Energiepolitik mit Augenmaß, ökologisch verträglich, finanziell tragfähig und gesellschaftlich akzeptiert. Planung und Genehmigung müssen sich künftig an realen Standortbedingungen, tatsächlichem Nutzen und Umweltverträglichkeit orientieren, nicht an politischer Symbolik. Unsere Heimat braucht Schutz, keine ideologischen Großprojekte und keine Flächenversiegelung unter dem Deckmantel der Nachhaltigkeit.

Energie bezahlbar und sicher machen, für Bürger und Industrie

Deutschland zählt zu den Ländern mit den höchsten Strompreisen weltweit. Eine direkte Folge ideologischer Energiepolitik, steigender Abgaben und dem voreiligen Ausstieg aus der Kernenergie. Baden-Württemberg braucht aber bezahlbare, zuverlässige Energie für Bürger wie Industrie. Unsere großen Wirtschaftsunternehmen, der Mittelstand, unsere Bäckereien, Metzgereien, produzierenden Betriebe, bzw. alle Energie-intensiven Unternehmen brauchen stabile Preise und verlässliche Versorgung, um ihre Standorte zu halten. Auch Haushalte dürfen nicht länger durch hohe Stromkosten, CO₂-Steuern und einseitige Fördermechanismen belastet werden. BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert daher die Abschaffung der Stromsteuer, CO₂-Steuern und die deutliche Senkung staatlich verursachter Preisbestandteile. Neue CO₂-Steuern, Umlagen oder Preisaufschläge auf Energie lehnen wir ab, Verbraucher und Betriebe dürfen nicht

weiter geschöpft werden. Kurzfristig können gezielte Steuerentlastungen und befristete Preisbremsen helfen. Wir fordern eine neue, realistische Debatte über Versorgungssicherheit.

Wir wollen – soweit technisch möglich – eine Reaktivierung bestehender Atomkraftwerke und setzen uns für den Neubau moderner Kernreaktoren ein, perspektivisch auch für Fusionsenergie. Ergänzend dazu braucht es moderne, hocheffiziente Gaskraftwerke als Rückgrat für eine wetterunabhängige Stromversorgung. Erneuerbare Energien bleiben Teil des Energiemixes, aber nur dort, wo sie wirtschaftlich tragfähig und netzdienlich sind. Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit haben Vorrang vor Symbolpolitik. Klimaschutz muss technologieoffen, innovationsfreundlich und bezahlbar sein - durch Forschung in e-Fuels, Power-to-X und neue Speichertechnologien.

Automobilstandort Baden-Württemberg

Baden-Württemberg ist Autoland. Unsere Automobilindustrie und ihre Zulieferer bilden das Rückgrat unseres **Wohlstands**. Doch technologische Bevormundung, überzogene CO₂-Vorgaben, ausufernde Bürokratie und Dumping-Importe aus China gefährden diese Schlüsselindustrie. Bereits jetzt kommt es zu Massenentlassungen in der Branche, und die Konkurrenz durch chinesische Hersteller wächst rasant. Das zeigt, wie dringend gehandelt werden muss, um unseren Standort und hunderttausende Arbeitsplätze zu sichern. BÜNDNIS DEUTSCHLAND steht für eine ideologiefreie Wirtschaftspolitik, die der Automobilbranche in Baden-Württemberg echte Zukunftsaussichten bietet.

Wir setzen auf Technologieoffenheit statt Verbote. Ein Verbot des Verbrennungsmotors lehnen wir ab. Innovationen bei effizienten Verbrennern und bei alternativen Antrieben sollen gleichermaßen möglich sein. Unsere Unternehmen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen und faire Wettbewerbsbedingungen statt neuer Regulierungen. Unsere Automobilindustrie muss wieder aus eigener Kraft bestehen können. Dafür wollen wir Forschung und Entwicklung massiv fördern, Planungssicherheit schaffen und echte Investitions**freiheit** gewährleisten. So bleibt Baden-Württemberg auch in Zukunft ein weltweit führender Automobil- und Industriestandort.

Zugleich dürfen unsere Unternehmen im globalen Wettbewerb nicht auf der Strecke bleiben. Wir setzen uns daher für spürbare Entlastungen bei Steuern, Abgaben und Energiekosten sowie den entschlossenen Abbau unnötiger Bürokratie ein. Nur wenn "Made in Baden-Württemberg" auch preislich mit der Billigkonkurrenz aus dem Ausland mithalten kann, bleiben Arbeitsplätze hier erhalten und es können neue entstehen.

Mobilität/Verkehr

Neben der Industrie darf auch die Mobilität nicht zum Spielball ideologischer Experimente werden. Die Bürger sollen frei entscheiden können, ob sie elektrisch, mit Wasserstoff, mit Verbrenner oder auf andere Weise unterwegs sein wollen. Der Staat hat hier keine Technologie vorzuschreiben, sondern ausschließlich faire Rahmenbedingungen für Wettbewerb und Innovation zu schaffen. Verkehrsberuhigung und intelligente Verkehrskonzepte ja, aber Gängelung der Bürger, nein! Wir lehnen jede ideologisch motivierte Verzichtspolitik ab, die das Auto aus dem Alltag verdrängen will. Ob in der Stadt oder auf dem Land, jeder soll selbst entscheiden können, welches Verkehrsmittel am besten passt. Anstatt Autofahrer zu schikanieren, setzen wir darauf, Bus und Bahn attraktiver zu machen und gleichzeitig für einen flüssigen Autoverkehr zu sorgen.

Wir setzen uns für eine Entflechtung von Netz und Betrieb bei der Deutschen Bahn ein, um mehr Markt und Wettbewerb zu ermöglichen. Eine stärkere Beteiligung privater Bahn- und Busanbieter wird den ÖPNV effizienter, preiswerter und kundenfreundlicher machen. Mehr Konkurrenz auf der Schiene bedeutet bessere Angebote für die Fahrgäste in Baden-Württemberg. Bus- und Bahnangebote sollen nicht automatisch durch kommunale Monopole betrieben werden, sondern offen für private Anbieter und neue Mobilitätsdienste sein. Mehr Konkurrenz führt zu besseren Angeboten, günstigeren Preisen und innovativen Lösungen auch im ländlichen Raum. Dort, wo große Verkehrsbetriebe nicht effizient oder flexibel genug arbeiten können, soll die Mobilität gefördert werden um lokale Unternehmen, geförderte Bürgerbusse

oder neue On-Demand-Dienste als Alternativen zu etablieren. Der Staat soll Rahmenbedingungen für Mobilitätsvielfalt schaffen.

Baden-Württembergs Verkehrsinfrastruktur ist die Lebensader unserer Wirtschaft. Doch Straßen, Brücken und Schienen sind vielerorts überlastet und teils in alarmierend schlechtem Zustand. Tägliche Staus auf maroden Autobahnen, Schlaglöcher auf Landstraßen und ein unzuverlässiger öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) kosten Bürgern wie Betrieben täglich Zeit, Geld und Nerven. Diese Situation ist unhaltbar, dringend benötigte Ausbau- und Sanierungsprojekte verzögern sich jedoch oft jahrelang durch bürokratische Hürden und endlose Genehmigungsverfahren. BÜNDNIS DEUTSCHLAND will diesen Investitionsstau auflösen und die Infrastruktur zügig erneuern, ohne dabei neue Schulden aufzutürmen. Wir stehen für eine moderne Mobilitätspolitik, die alle Verkehrsträger berücksichtigt.

Planungs- und Genehmigungsverfahren für Verkehrsprojekte müssen drastisch beschleunigt werden. Schluss mit dem Bürokratiewahnsinn bei Straße und Schiene! Solche Verfahren sollen vollständig digital ablaufen und Monate statt Jahre dauern. Wir fordern verbindliche kurze Fristen für Behördenentscheidungen. Wird ein Bau- oder Ausbauantrag nicht innerhalb einer Frist beschieden, gilt er automatisch als genehmigt. Diese Art von Genehmigung schafft Planungssicherheit und dreht den Spieß um: Nicht die Bürger und Unternehmen warten auf eine Entscheidung, sondern die Behörden müssen liefern. So kommen wichtige Verkehrsprojekte schneller vom Papier auf die Straße.

Zugleich wollen wir neue Finanzierungswege nutzen, um den Infrastrukturausbau voranzubringen. Wo immer sinnvoll, sollen privates Kapital und öffentlich-private Partnerschaften mobilisiert werden insbesondere im Straßenbau. Private Investoren können durch Mautmodelle am Neubau und Ausbau von Straßen beteiligt werden, anstatt den Steuerzahler immer allein zur Kasse zu bitten. Bürger sollen selbst entscheiden können, wofür sie ihr Geld ausgeben zum Beispiel in Form von nutzungsabhängigen Maut- und Verkehrsgebühren, statt pauschale Kfz-Steuern zu zahlen, bei denen kein direkter Gegenwert spürbar ist. Das sorgt für mehr Fairness: Wer viel fährt und die Infrastruktur stärker nutzt, zahlt mehr, wer wenig fährt, wird entlastet.

Wohnungsbau

BÜNDNIS DEUTSCHLAND lehnt die Mietpreisbremse ab. Sie schafft keinen zusätzlichen Wohnraum und hilft Haushalten mit niedrigen Einkommen nicht, da deren Mieten meist ohnehin unterhalb der Mietpreisbremse liegen. Stattdessen blockiert sie notwendige Anpassungen am Wohnungsmarkt.

Wohnungsbaukrise durch Bürokratieabbau beenden

Die Krise im Wohnungsbau hält an. Die Baunachfrage ist deutlich zu gering, die Fertigstellungen decken bei Weitem nicht den Bedarf. Vor allem in größeren Städten und Ballungsräumen droht sich der Mangel an bezahlbarem Wohnraum weiter zu verschärfen. Um dem entgegenzuwirken muss die Politik die Rahmenbedingungen deutlich erleichtern.

Um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, sollten zudem Umbaumaßnahmen bei bestehenden Gebäuden stärker gefördert werden. Auch sollte man ergebnisoffen prüfen, inwieweit leerstehende Bürokomplexe und -räume in Wohnungen umgewandelt werden können.

Der Neubaubedarf ist weiterhin riesig, aber eine überbordende Bürokratie, eine Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen, überzogene Baustandards und hohe Kostenbelastungen hemmen das Bauen. Es müssen Vorschriften und Auflagen abgebaut und auf das wirklich Notwendige beschränkt werden. Kostentreibende Verschärfungen von Gesetzen und Normen dürfen nur erfolgen, wenn gleichzeitig andere Gesetze und Normen entfallen. Regelwerke müssen sich an der Praxis orientieren und anwendungs- und umsetzungsfreundlich gestaltet werden. Eine durchgängige Digitalisierung der Baubehörden ist unerlässlich.

Eine vereinfachte Baulandausweisung und die Reduzierung der bürokratischen Anforderungen reduzieren die Baukosten, schieben den Wohnungsbau an und führen letztendlich zu Mietpreissenkungen.

Investitionstau aufheben

Der Investitionstau bei den Verkehrswegen muss abgebaut werden. Es müssen zwingend Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Es gilt, die derzeitige Sanierungsrate von gerade Mal 1 % jährlich deutlich zu steigern. Dazu muss die Förderung von Sanierungsmaßnahmen bedarfsgerecht erhöht werden.

Billig bedeutet nicht automatisch gut

Um fairer Wettbewerbsbedingungen zu erreichen, müssen Dumping-Angebote bei öffentlichen Ausschreibungen ausgeschlossen werden. Rechtliche Grundlage hierfür ist § 16d VOB/A. Danach dürfen Aufträge unter anderem nicht an Unternehmen vergeben werden, die einen unangemessen niedrigen Preis anbieten. Die Grenze für Direktvergaben soll von derzeit 100.000€ auf 250.000€ angehoben werden, die für Verhandlungsvergaben von 221.000€ auf 1.000.000€. Beide Schwellen sollen künftig automatisch jährlich an die Inflationsrate angepasst werden - für Planungssicherheit und wirtschaftliche Realität im Beschaffungswesen

Entsorgung und Recycling

Die Ersatzbaustoffverordnung setzt hohe Hürden für die Verwertung von Bodenmaterial. Große Mengen an Bodenaushub sind daher nicht verwertbar und müssen deponiert werden. Entsprechende Deponiekapazitäten sind zu schaffen für die Entsorgungssicherheit in Baden-Württemberg unverzichtbar.

Das Baustoffrecycling wird durch die Ersatzbauverordnung gehemmt. Hier sind Anpassungen notwendig.

Beschleunigung von Bauvorhaben

Damit wichtige Bauvorhaben schneller fertig werden, wollen wir die Rahmenbedingungen für einen 24/7-Baubetrieb bei Großprojekten etablieren. Baden-Württemberg kann es sich nicht leisten, dass sich Baustellen auf wichtigen Verkehrsadern über viele Jahre hinziehen. Durch konsequenten Schichtbetrieb, bessere Koordination und den Einsatz modernster Bautechnik müssen Bauzeiten dramatisch verkürzt werden. Großbaustellen sollen rund um die Uhr arbeiten können, damit Infrastrukturerneuerungen deutlich schneller abgeschlossen sind und Behinderungen für Bürger und Wirtschaft minimiert werden.

Um Bauverzögerungen wirksam zu verhindern, fordern wir außerdem klare Sanktionen bei Zeitplanüberschreitungen. Bei öffentlichen Bauprojekten sollen künftig vertraglich festgelegte Strafzahlungen greifen, wenn Bauunternehmen den vereinbarten Zeitrahmen nicht einhalten. So entsteht ein finanzieller Anreiz zur termingerechten Fertigstellung und der Druck, effizient und verantwortungsvoll zu arbeiten. Wer mit Steuergeld baut, muss auch liefern. Damit Bauzeitpläne nicht länger reine Absichtserklärungen bleiben, braucht es Verbindlichkeit und Konsequenz.

Baden-Württemberg muss wieder produzieren, statt verlieren

Baden-Württemberg steht als Industrieland unter Druck. Immer mehr Unternehmen verlagern ihre Produktion ins Ausland, darunter bekannte Namen wie Mercedes-Benz, Bosch, ZF, Kärcher oder Liebherr. Als Gründe nennen sie hohe Energiepreise, überbordende Bürokratie und mangelnde Investitionsanreize. Wenn wir dieser Entwicklung nicht entschlossen entgegenreten, drohen massive Arbeitsplatzverluste, ein Rückgang der regionalen Wertschöpfung und ein langfristiger Verlust an wirtschaftlicher Substanz. BÜNDNIS DEUTSCHLAND will diesen Trend stoppen. Wir setzen uns für wettbewerbsfähige Energiekosten ein, wollen vereinfachte Genehmigungsverfahren und Investitionen im Land gezielt fördern und strategisch wichtige Industrien stärken. Unternehmen, die Arbeitsplätze ins Ausland verlagern, dürfen nicht gleichzeitig von Landesförderungen profitieren. Unser Ziel ist ein starker und zukunftsfähiger Industriestandort Baden-Württemberg, der seinen **Wohlstand** aus eigener Kraft sichert und seine Innovationsfähigkeit erhält.

Bürokratie abbauen und Staat modernisieren

Die Bürokratielast in Deutschland ist zu einem echten Standortnachteil geworden. Gerade in Baden-Württemberg lähmen zahllose Vorschriften, Dokumentationspflichten und Genehmigungshürden Handwerker, Mittelständler, Bauherren oder Start-up-Gründer. Wir brauchen weniger Paragraphen und mehr unternehmerischen Spielraum. BÜNDNIS DEUTSCHLAND will den Bürokratie-Dschungel lichten, damit sich Leistung wieder lohnt und Ideen schneller in die Tat umgesetzt werden können.

Unsere Lösung ist einfach und wirksam: Bei Einführung einer neuen Rechtsvorschrift müssen zuvor zwei alte Vorschriften gestrichen werden - die Pflicht zum Aufräumen. Jede wird zeitlich befristet. Wenn sie sich vor Fristablauf durch eine Wirksamkeitsprüfung bewährt hat, wird diese verlängert oder läuft im Negativfall automatisch aus. Also Rechtsvorschriften mit "eingebautem Verfallsdatum". Dieses Prinzip wollen wir gesetzlich verankern, um den Regulierungswahn dauerhaft einzudämmen. Außerdem werden wir Behörden und Verfahren umfassend digitalisieren und beschleunigen. Ein Informationsaustausch der unterschiedlichen Behörden erfolgt, sofern der Bürger dem ausdrücklich zugestimmt hat. Alle wichtigen Antragsverfahren sollen endlich vollständig online und unbürokratisch erledigt werden können, und zwar flächendeckend im ganzen Land statt nur in Modellprojekten. Die Verwaltung muss mit der Zeit gehen und den Menschen dienen, nicht umgekehrt.

Wir werden eine landesweite Task Force „Entbürokratisierung“ einrichten, die in allen Bereichen nach Vereinfachungsmöglichkeiten sucht.

Staat modernisieren statt aufblähen

Wir modernisieren das Beamtensystem in Baden-Württemberg grundlegend. Der Anteil der verbeamteten Beschäftigten soll von bisher 3,9% nachhaltig gesenkt werden. Ein Beamtenstatus wird künftig ausschließlich für hoheitliche Aufgaben wie Polizei, Justiz oder zentrale Leitungsfunktionen vergeben. Ein neues Besoldungssystem für Neubeamte soll eingeführt werden, das schrittweise die Anpassung der Pensionsansprüche an die Höhe der gesetzlichen Rentenversicherung vorsieht. Das Versorgungssystem für bereits aktive Beamte bleibt formal bestehen, die Pensionsansprüche werden aber nur noch entsprechend der Inflationsrate angepasst, sodass bei den Pensionären kein Kaufkraftverlust eintritt und die Ausgaben des Staates für Pensionen trotzdem sinken.

Durch die Abkehr von der übermäßigen Verbeamtung und die Umstellung auf tarifliche Beschäftigungsformen entstehen neue Spielräume für eine zielgerichtete Personalpolitik. Internationale Vorbilder wie Singapur mit nur etwa 2,6% Beamtenanteil, Japan mit rund 3% oder die Schweiz, die ganz auf einen klassischen Beamtenstatus verzichtet, zeigen, dass staatliche Leistungsfähigkeit auch ohne ausufernde Beamtenapparate möglich ist.

Als ersten Schritt hin zu einem schlankeren Staat streben wir einen Einstellungsstopp für Beamte (außer in sicherheitsrelevanten Bereichen) an, um die Verwaltung zu verschlanken und Mittel für sinnvollere Maßnahmen nutzen zu können.

Digitale Zukunft Baden-Württemberg

Digitale Souveränität und Grundrechte

In einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft ist der Schutz persönlicher Daten ein zentrales **Freiheitsrecht**. Wir treten für eine digitale Ordnung ein, in der der Mensch im Mittelpunkt steht, nicht die Interessen von Behörden oder Konzernen. Unser Grundsatz lautet: Meine Daten gehören mir – auch gegenüber dem Staat. Die Zukunft Baden-Württembergs als starker Wirtschaftsstandort hängt entscheidend von der digitalen Infrastruktur und den durchgehenden digitalen Prozessketten in Industrie, Verwaltung, Dienstleistung und Handwerk ab. Deshalb setzen wir uns für eine umfassende digitale Bildungsoffensive ein. Wir setzen uns für eine digitale Welt ein, in der individuelle **Freiheit**, Eigenverantwortung und freier Wettbewerb die Meinungs**freiheit** schützen und fördern.

Ausbau der digitalen Infrastruktur

Um dieses Ziel zu erreichen, muss die digitale Infrastruktur das Fundament bilden. Baden-Württemberg ist eine der führenden Wirtschaftsregionen Europas, doch bei der digitalen Versorgung besteht Nachholbedarf. Unser Ziel ist es daher, dass zügig alle Haushalte in Baden-Württemberg Zugang zu Gigabit-Netzen haben. Wir wollen Glasfaser bis in den letzten Weiler bringen und die "weißen Flecken" beseitigen. Genehmigungsverfahren für den Glasfaser- und Mobilfunkausbau werden gestrafft, digitalisiert und auf maximal sechs Monate begrenzt. Danach gilt eine automatische Genehmigung. Um Monopole zu verhindern und Kosten zu senken, wird die Infrastruktur allen Anbietern zugänglich gemacht (Open Access). Zudem werden Funklöcher konsequent beseitigt. Das Land wird regelmäßige Messungen durchführen, deren Ergebnisse verpflichtend in die Ausbaupläne einfließen. Vorrang haben öffentlich-private Partnerschaften, insbesondere mit Stadtwerken: Verantwortung und Qualität bei der Ausführung und beim Betrieb anstatt reiner Subventionen.

Modernisierung der Verwaltung

Parallel dazu modernisieren wir die Verwaltung konsequent. Das Onlinezugangsgesetz (OZG) bietet hierfür eine gute Grundlage, doch die Umsetzung verläuft zu langsam. Wir wollen dafür sorgen, dass zeitnah alle OZG-Leistungen vollständig digital verfügbar sind. Ein zentrales Element ist das sichere Bürgerkonto „BundID“, mit dem Bürger ihre Daten eigenständig kontrollieren. Wir unterstützen das flächendeckende Once-Only-Prinzip, bei dem Bürger ihre Daten nur einmalig einreichen müssen. Behörden tauschen diese anschließend sicher und effizient aus. Transparenz und Kontrolle sind verpflichtend: Jeder Zugriff auf personenbezogene Daten muss für den Bürger einsehbar und nachvollziehbar sein. Verwaltungssoftware muss quelloffen sein, um Abhängigkeiten zu vermeiden und Innovation zu fördern.

Mittelfristig streben wir die dezentrale Datenhaltung durch die Bürger an. Dies ermöglicht ihnen, ihre eigenen Daten und ihre persönliche digitale Identität eigenständig in einer digitalen Wallet zu verwalten und so die erforderliche Selbstbestimmung zu erlangen.

Stärkung der Innovationskraft

Die Innovationskraft unseres Landes werden wir gezielt stärken, um Baden-Württemberg zum Krypto-, KI- und Robotik-Valley zu machen. Wir schaffen Innovationsräume und Testzonen für Schlüsseltechnologien wie Blockchain, KI, FinTech, Robotik und IoT, in denen Unternehmen neue Technologien unter erleichterten Regeln erproben können. Landesprogramme für Startups und der einfache Zugang zu Wagniskapital sollen Baden-Württemberg als führenden Standort für Tech-Investitionen etablieren. Ein besonderer Fokus liegt auf der intelligenten Nutzung von Energie: Überschüssige Energie aus erneuerbaren Quellen kann für rechenintensive Anwendungen wie KI-Training oder Blockchain-Mining genutzt werden, was die Netzstabilität erhöht und zusätzliche Einnahmen schafft.

Exzellenz in digitaler Bildung

Grundlage für all dies ist eine exzellente digitale Bildung. Wir fordern, dass digitale Schlüsselkompetenzen wie Verständnis über digitale Vernetzung, Datenanalyse, KI und Programmierung verbindlich in die Lehrpläne aller Schularten aufgenommen werden. Digitale Bildung darf kein Randthema sein, sondern muss als Querschnittsaufgabe verstanden werden. Dies beginnt mit digitaler Grundbildung in der Grundschule, in der „Wie funktioniert etwas?“ vermittelt wird, aber nicht mit den digitalen Medien gearbeitet werden soll. Lehrkräfte erhalten durch das Fortbildungsprogramm „Digitale Schule BW“ gezielte Unterstützung. An Hochschulen werden Pflichtmodule zu KI und Data Science in allen Studiengängen spezifisch eingeführt. Um den Transfer in die Praxis zu sichern, fördern wir duale Studiengänge im Digitalbereich und schaffen regionale Innovations- und Transferzentren, die Hochschulen und Unternehmen vernetzen.

Schutz der Meinungsfreiheit und Datenschutz

Die digitale Souveränität und die **Freiheitsrechte** der Bürger stehen im Zentrum unserer Politik. Wir lehnen staatliche Eingriffe in die Moderation sozialer Netzwerke entschieden ab. Soziale Netzwerke sollen als private Unternehmen ihre Regeln frei gestalten dürfen, sodass ein "Markt der Meinungen" entsteht, bei dem Nutzer die Plattform wählen, deren Inhalte ihren Werten entsprechen. Wir fordern eine Reform der Regulierungen, um diese auf eindeutig rechtswidrige Inhalte zu beschränken, die Erfassung von unterhalb der Strafbarkeitsgrenze geäußerten Meinungen zu beenden und den Druck zur präventiven Löschung rechtmäßiger Inhalte zu unterbinden. Der Digital Services Act (DSA) der EU und das Digitale-Dienste-Gesetz (DDG) in Deutschland unterstützen diesen Ansatz im Grundsatz, müssen jedoch präzisiert werden, um Missbrauch auszuschließen. Die Kontrolle über Inhalte gehört in die Hände der Nutzer – nicht in die von Staaten, Meldeportalen oder Plattformbetreibern.

Beim Datenschutz setzen wir auf strengste Standards. Die Nutzung personenbezogener Daten darf grundsätzlich nur auf freiwilliger Basis und nach aktiver Einwilligung (Opt-in) erfolgen. Neue digitale Dienste des Landes müssen von Beginn an so konzipiert sein, dass der Datenschutz technisch fest eingebaut ist. Außerdem sind standardmäßig immer die datenschutzfreundlichsten Einstellungen voreingestellt, sodass Nutzer ihre Privatsphäre nicht erst selbst schützen müssen.

Anstatt große Mengen personenbezogener Daten zentral zu sammeln, setzen wir auf dezentrale Speicherung, um die Gefahr von Missbrauch zu verringern. Ein öffentlich zugängliches Transparenzportal soll für alle nachvollziehbar machen, welche Daten der Staat erhebt, warum und wie lange sie gespeichert werden. Mit dieser Politik schaffen wir eine moderne, transparente und effiziente Verwaltung und sichern den Fortschritt unseres Landes.

Innovation stärken, Mittelstand vernetzen, Regionen fördern

Baden-Württemberg war immer dann erfolgreich, wenn es sich auf seine größte Stärke besonnen hat: den Erfindergeist seiner Menschen. Vom Weltmarktführer im ländlichen Raum bis zum aufstrebenden Tech-Start-up in der Stadt: Innovation ist der Motor unseres **Wohlstands**. Diesen Gründer- und Tüftlergeist wollen wir wieder voll entfesseln. BÜNDNIS DEUTSCHLAND sorgt dafür, dass neue Ideen schneller den Weg in die Praxis finden.

Wir fördern Start-ups, Handwerker und innovative mittelständischen Unternehmen. Wir wollen den Zugang zu Wagniskapital erleichtern, damit mutige Gründer die Finanzierung für ihre Visionen bekommen. Landesfonds sollen gezielt in zukunftsweisende Neugründungen investieren. Nicht nach politischer Ideologie, sondern ausschließlich nach Wirtschaftlichkeit. Entscheidend sind Innovation, Marktfähigkeit und unternehmerisches Potenzial. Wir setzen auf Leistung: Öffentliche Fördermittel werden an konkrete Meilensteine gebunden. Nur wer nachweislich Fortschritte erreicht, erhält weitere Mittel. So stellen wir sicher, dass Steuergelder verantwortungsvoll eingesetzt werden für echte Innovation. Gleichzeitig bauen wir bürokratische Hürden für Unternehmensgründungen ab. Gründung muss Mut belohnen nicht Verwaltungsfrust erzeugen. Wenn Land oder Kommunen Aufträge vergeben, sollen nicht nur etablierte Großanbieter profitieren, sondern auch junge Unternehmen mit kreativen Lösungen. Besonderes Augenmerk legen wir auf den Technologietransfer. Forschung und Wirtschaft müssen enger zusammenarbeiten. Was an unseren Hochschulen und Instituten entsteht, soll schneller in marktfähige Produkte und Dienstleistungen münden. Wir fördern Ausgründungen aus Universitäten und Forschungszentren und vernetzen Entwickler mit Unternehmern. Innovationscluster, Gründerzentren und Technologieparks werden wir im ganzen Land ausbauen. Wo möglich, binden wir private Investoren als Partner ein, etwa für schnelles Internet, moderne Verkehrswege oder neue Gründerzentren.

Finanzielle Selbstbestimmung, Bargeld und Währungsfreiheit

Freiheit in der Wirtschaft bedeutet auch finanzielle Souveränität für die Bürger. BÜNDNIS DEUTSCHLAND steht für eine Ordnung, in der Eigentum geschützt, Privatvermögen nicht überwacht und Zahlungen **freiheit** gewährleistet ist. Der Staat hat sich aus dem privaten Vermögen weitestgehend herauszuhalten. Wir lehnen alle Maßnahmen ab, die auf eine Kontrolle oder Einschränkung von legalem Eigentum und Zahlungsverkehr abzielen.

Bargeld muss dauerhaft als vollwertiges und uneingeschränktes Zahlungsmittel erhalten bleiben. Eine Bargeld-Obergrenze, wie sie auf EU-Ebene diskutiert wird, lehnen wir ab. Der Besitz von Bargeld ist kein Verbrechen, sondern Ausdruck persönlicher **Freiheit** und darf nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Ebenso verteidigen wir das Recht auf den anonymen Erwerb von Gold, Silber und anderen Sachwerten ohne staatliche Registrierung. Wer privat in Sachwerte investieren oder für das Alter vorsorgen möchte, soll dies unbehelligt tun dürfen.

Auch alternative Währungsformen gehören zu einer freien Wirtschaftsordnung. Wir sprechen uns dafür aus, die freiwillige Nutzung von Bitcoin und anderen dezentralen Kryptowährungen als Ergänzung zum Euro zu ermöglichen. Das Land Baden-Württemberg soll seine rechtlichen und technologischen Spielräume nutzen, um Pilotprojekte im Bereich Blockchain und Kryptowährungen zu starten.

Arbeitskräftemangel lösen, qualifizierte Zuwanderung statt Sozialmigration

Der demografische Wandel trifft Baden-Württemberg mit voller Wucht. Schon heute klagen Unternehmen aller Branchen über Fachkräftemangel, offene Stellen bleiben unbesetzt, Aufträge müssen mangels Personals abgelehnt werden. Gleichzeitig beobachten wir, dass zwar viele Menschen nach Deutschland einwandern, jedoch oft nicht in den Arbeitsmarkt, sondern direkt in die Sozialsysteme. BÜNDNIS DEUTSCHLAND will diesen Trend umkehren. Unsere Leitlinie lautet: Geregelte Zuwanderung in Arbeit keine Einwanderung in die Sozialsysteme.

Wir wollen, dass derjenige, der bereits hier ist und sich bewährt hat, die Möglichkeit bekommen soll in Deutschland bleiben zu können. Menschen, die arbeiten und ihr Leben selbst finanzieren, sich integriert haben, unsere Sprache sprechen, keine Straftaten begehen und ein geregeltes Leben führen, müssen die Möglichkeit bekommen in Deutschland einen Antrag stellen zu können, um ein Bleiberecht zu erhalten. Abschiebungen wegen bürokratischer Formalien sollten unterbleiben. Die Praxis, gut integrierte Beschäftigte zur Ausreise zu zwingen, nur damit sie später wieder einen Antrag stellen können, ist realitätsfern und wirtschaftlich unsinnig.

Gleichzeitig wollen wir:

- Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse differenziert, aber schneller ermöglichen
- Die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen, Kammern und Betrieben verbessern
- Digitale Plattformen schaffen, um offene Stellen und Qualifizierungsangebote effizient zu vernetzen

Zuwanderung muss qualifiziert und arbeitsmarktorientiert sein. Unternehmen sollen gezielt Fachkräfte aus dem Ausland anwerben dürfen – ohne von hinderlicher Bürokratie blockiert zu werden. Sie wissen selbst am besten, welche Fachkräfte sie brauchen. Wer zu uns kommt, um mit anzupacken, dem werden wir alle Chancen bieten. Sprachkurse und Integrationsmaßnahmen flankieren die Einstellung, aber entscheidend ist der Arbeitsvertrag. Sozialleistungen sollen an vorherige Beitragsleistungen gekoppelt sein. Wer kommt, um zu arbeiten, ist willkommen. Wer nur ins Sozialsystem will, nicht.

Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, brauchen als Erstes die Menschen, die bereits im deutschen Sozialsystem stecken, Anreize die Erwerbstätigkeit (wieder) aufzunehmen.

Innenpolitik/Sicherheit

Das subjektive Sicherheitsgefühl im Alltag unserer Gesellschaft verschlechtert sich seit Jahren. Von den weit über 40 täglichen Messerangriffe erfahren wir im ÖRR oder unserer Tagespresse meist nur die aufsehenerregendsten Fälle, ebenso bei Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Es ist lediglich die Spitze des Eisbergs, der öffentlich wird. Die Regierungsparteien erkennen die Probleme im öffentlichen Raum nicht als vordringlich an und ergreifen kaum Gegenmaßnahmen. Stattdessen wird die Bedrohung aus einer bestimmten Richtung hochstilisiert, anstatt unideologisch

und zu Gunsten der Bürger dieses Landes ehrlich anzuerkennen, dass Extremismus jeder politischen und religiösen Weltanschauung unser Land schwächt und in eine Ecke treibt, aus der es kein Entkommen geben wird.

Um endlich Abhilfe zu schaffen und die Sicherheit in unserem Land wieder zu erhöhen, braucht es eine gewaltige Kraftanstrengung. Die Probleme zu benennen, heißt diese anzuerkennen. Wenn dieser Prozess geschafft ist, dann können Maßnahmen entwickelt und angewandt werden, die unser Land wieder sicherer machen und unsere **freiheitlich**-demokratische Grundordnung wieder herstellt. Das geht nicht von jetzt auf nachher, aber wir müssen dringend jetzt gegensteuern, bevor wir vor den Trümmern unserer Demokratie stehen.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert die Ergreifung grundlegender Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in Baden-Württemberg. Deutschland braucht eine Innenpolitik, die Ordnung schafft, Bürger schützt und Werte bewahrt. Dieses Programm steht für einen Staat, der klar, handlungsfähig und wehrhaft ist.

Klare Migrationsregeln

Durch die massenhafte Migration in unser Land, teilweise ganz ohne oder auch mit gefälschten Papieren, mit der Aussicht auf eine sorgenfreie Vollversorgung, sind auch Menschen zu uns gekommen, die sich nicht um die Inhalte unseres Grundgesetzes scheren, sondern ihren bislang geführten Lebensstil in Deutschland gut finanziert weiterführen möchten. Dieser Teil der eingewanderten Menschen hat kein Interesse an unserer offenen Gesellschaft, reichhaltigen Kultur, an unserem humanistischen Denken, an unseren Bildungsmöglichkeiten und dem Wunsch nach Einigkeit und Recht und **Freiheit**.

Sie nutzen die Vollversorgung zur Durchsetzung ihrer eigenen Vorstellungen und Traditionen, finanziert und alimentiert durch die Steuerzahler. Gleichberechtigung von Frauen und Männern sind ihnen fremd, es herrscht ein veraltetes Rollenbild. Toleranz gegenüber anderen Religionen wie sie in unserem christlichen Land gepflegt wird, gehört nicht zu deren Gepflogenheiten.

Deutschland hat seine Türen zu weit geöffnet und erlebt nun, dass unserer Willkommenskultur nicht immer gedankt wird, sondern ein Teil der Geflüchteten diese ausnutzt, die eigene Kultur und Glaubenssätze über das deutsche Recht stellt und das tief verankerte islamistische Recht mit Gewalt durchsetzen will. Die seit Jahren politisch verantwortete Migrationspolitik hat eine Kriminalitätskrise nach sich gezogen, die endlich angegangen und bewältigt werden muss.

Wir müssen wissen, wer nach Deutschland kommt, anstatt Zugang mit gefälschten oder fehlenden Ausweispapieren zu gewähren. Unser Land kann mittlerweile weder den aus purer Not vor Verfolgung, Hunger und Krieg Geflüchteten gerecht werden, noch der eigenen Bevölkerung. Unsere Kommunen sind überfordert, die Kassen sind leer und noch immer wird aus den regierenden Lagern beschwichtigt und zu viel diskutiert, anstatt die eigene Bevölkerung zu schützen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um wieder in ruhigeres Fahrwasser zu gelangen.

Um unsere Grenzen zu schützen, ist für uns eines das zentrale Instrument eine digitale Ein- und Ausreiseregistrierung für alle Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger. Sie ermöglicht eine verlässliche Kontrolle von Aufenthaltsdauern, verhindert Mehrfachidentitäten und beschleunigt **Sicherheits**- sowie Visaprüfungen. Der Datenaustausch zwischen nationalen Behörden und EU-Agenturen erfolgt strikt nach Datenschutz- und Rechtsstaatlichkeitsstandards, mit transparenter Aufsicht und klaren Lösfristen.

Temporäre Grenzkontrollen sollen in Migrations- oder **Sicherheits**krisen als verhältnismäßiges, befristetes Mittel gesetzlich klar verankert werden. Sie ergänzen die Freizügigkeit im Schengen-Raum, ohne sie auszuhöhlen. Kontrollen werden lageabhängig aktiviert, regelmäßig evaluiert und bei Wegfall der Gründe umgehend beendet. Parallel stärken wir die grenzüberschreitende Polizeiarbeit, um Schleusungskriminalität effektiv zu bekämpfen.

Asylverfahren wollen wir konsequent an den Außengrenzen oder in partnerschaftlich vereinbarten Drittstaatenzentren durchführen. Dort sollen Registratur, Identitätsfeststellung und eine zügige, faire Einzelfallprüfung nach internationalen

Konventionen erfolgen. Schutzbedürftige erhalten rasch Klarheit und Zugang zu Aufnahmeprogrammen; Personen ohne Schutzanspruch werden unmittelbar in geregelte Rückführungsverfahren überführt.

Integration beginnt am ersten Tag. Mit einem Integrationsvertrag verpflichten sich alle Zuwanderinnen und Zuwanderer verbindlich zu Sprache, Arbeit und unserer Rechtsordnung. Der Staat schafft dafür verlässliche Angebote und knüpft Leistungen konsequent an Mitwirkung und Fortschritt. Wir unterstützen damit die konsequente Auflösung von Parallelgesellschaften. Diese haben bei uns nichts verloren.

Staatsbürgerschaft verdient – nicht verschenkt

Die Staatsbürgerschaft ist ein Bekenntnis, kein Verwaltungsakt. Deshalb fordern wir, strikte Regeln für das Erlangen der Staatsbürgerschaft:

- Mindestens 10 Jahre rechtmäßiger Aufenthalt vor der Einbürgerung.
- Verpflichtende Deutschkenntnisse auf B2-Niveau.
- Voraussetzung, dass der Lebensunterhalt ohne Bürgergeld oder ähnliche staatliche Leistungen bestritten wird.
- Verzicht auf Doppelstaatsbürgerschaft, außer bei Bürgern der EU-/Schweiz oder in besonderen Härtefällen.
- Einbürgerungstest muss verschärft werden, er muss zwingend mit Fragen zu deutscher Geschichte, Rechtsordnung und Leitkultur erweitert werden.

Mehr Polizei auf unseren Straßen

Junge Menschen, die in unserem Land die Ausbildung bei der Polizei beginnen, wollen für mehr **Sicherheit** sorgen, ihr Leben dem Schutz der Bevölkerung widmen und sich für Gerechtigkeit und Ordnung einsetzen. Diese Motivation geht im Laufe der Ausbildung doch immer wieder verloren.

Wer als junger Polizeianwärter einer gewaltbereiten Gruppe gegenübersteht, bei Einsätzen die Respektlosigkeit und Angriffe auf Leib und Leben erlebt, denen unsere **Sicherheitskräfte** heute ausgesetzt sind, überlegt sich verständlicherweise die Ausbildung fortzusetzen. Dadurch verliert die Polizei wichtige Kräfte um mit ausreichendem Personal gegen Kriminalität vorzugehen.

Wir brauchen mehr Polizeibeamte in unserem Land, die Recht und Ordnung sichern und durchsetzen können. Es muss alles dafür getan werden, damit die Reihen unserer Polizei voller werden und auch die Wertschätzung für diese wichtige Arbeit steigt.

Wir fordern deshalb:

- Flächendeckende Videoüberwachung an Bahnhöfen, Flughäfen und Kriminalitätsschwerpunkten.
- Einführung einer 0-Toleranz-Zone in Städten mit hoher Kriminalitätsbelastung.
- Wohnungs- und Geschäftseinbrüche als Verbrechen mit Mindeststrafe von 2 Jahren.
- Gefährder-Gesetz: verpflichtende elektronische Fußfesseln bei nachgewiesenem **Sicherheitsrisiko**.
- Mehr Befugnisse für Ordnungsämter, um öffentliche Ordnung vor Ort konsequent durchzusetzen.

Bessere Ausstattung der Polizei

Die baulichen Zustände mancher Polizeistationen sind dringend zu modernisieren. Unsere **Sicherheitskräfte** benötigen ein angemessenes und modern ausgestattetes Umfeld, um gute Ergebnisse für unsere **Sicherheit** zu erarbeiten.

Um der gestiegenen Kriminalität besser zu begegnen, braucht es die Nutzung modernster Möglichkeiten bei der Ermittlung. DNA-Analysen, die auch Aufschluss über die biogeografische Herkunft eines Tatverdächtigen geben, müssen im Ermittlungsalltag zugelassen, anstatt durch zeitraubende parlamentarische Diskussionen verzögert zu werden und sind nur ein Beispiel wie die Ermittlungseffizienz durch Einengung des Täterfeldes gesteigert werden kann.

Eine bessere Ausrüstung der Polizei ist ebenfalls vonnöten, um den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden und mit den gestiegenen Anforderungen Schritt halten zu können.

Es müssen für alle Einsatzkräfte im Streifendienst Körperkameras angeschafft werden. Polizeiberichte sollen digitalisiert und per KI-Vorlagen abgearbeitet werden, damit die Beamten sich auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren können.

Zuständigkeitserweiterung der Polizei

Die Deutsche Polizeigewerkschaft wiederholt seit Jahren ihre Forderung nach Zuständigkeitserweiterung, um importierte Kriminalität erfolgreich bekämpfen zu können. Es muss deshalb auch eine Bundespolizei-Taskforce für Clankriminalität eingerichtet werden.

Es reicht nicht „gefährliche Orte“ oder „Waffenverbotszonen“ zu deklarieren, in denen **Sicherheitsbeamte** bessere Eingriffsmöglichkeiten haben; denn damit haben wir schon Teile des öffentlichen Raums verloren. Es ist zwar ein kleiner Baustein, dient aber mehr der Symptombehandlung, als den tatsächlichen Ursachen zu begegnen.

Zu den Forderungen der DPoIG gehören unter anderem Bürokratieabbau, Verschlinkung von Verfahren, die Erweiterung von Abschiebehaftplätzen, die konsequente Anwendung nationaler Rechtsvorschriften bei der Zurückweisung an den Grenzen sowie mehr KI in der Anwendung bei der polizeilichen Arbeit. (Manuel Ostermann, 1. Stellv. Bundesvorsitzender der DPoIG).

BÜNDNIS DEUTSCHLAND unterstützt diese Forderungen voll umfänglich und setzt sich für eine sofortige Umsetzung ein.

Respekt und Wertschätzung

Unsere **Sicherheitskräfte**, Mitglieder der Feuerwehr und weiteren Hilfsdiensten sowie Medizinische Fachkräfte in Krankenhäusern, Praxen und Rettungsdiensten verdienen unseren Respekt und Wertschätzung. Angriffe jedweder Art auf Mitglieder dieser Gruppen, die für unsere Gesellschaft von überlebenswichtiger Bedeutung sind, erfordern konsequente Strafmaßnahmen. Deshalb fordern wir eine Mindeststrafe von 1 Jahr bei tätlichen Angriffen auf Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte.

Unabhängige Justiz

Legislative – Judikative – Exekutive. Die Gewaltenteilung muss wieder Einzug halten in unser Land. Die Diskussion um die Einsetzung von drei neuen Verfassungsrichtern im Juli 2025 hat gezeigt, welcher politischer Geist in unser oberstes Gericht Einzug halten sollte. Dabei ist das Verfassungsgericht die Bastion, die die Bürger gegen staatliche Übergriffe schützen soll. Neutralität und Verfassungstreue sind wichtige Voraussetzungen für ein Amt in Karlsruhe. Ebenso sollte Berufserfahrung im Richteramt eine Rolle spielen. Es muss gefragt werden, ob diese Bedingungen erfüllt werden, wenn die Politik ihre Kandidaten aussucht und einsetzt.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich ein für mehr Einfluss durch Richter und Staatsanwälte bei der Kandidatensuche und Entsendung.

Handwerk und Kleinbetriebe, Rückgrat unserer Wirtschaft

Während andere sich auf die Straße kleben, halten Handwerker unser Land am Laufen und bringen es Richtung Zukunft. Sie arbeiten statt zu blockieren, mit Verantwortung, Disziplin und echtem Können. Ob im Sanitärbetrieb, in der

Schreinerei, auf dem Bau, dem Gerüst oder in der Werkstatt: Handwerker und Kleinbetriebe halten unsere Gesellschaft am Laufen. Sie schaffen mit den Händen Werte und mit dem Kopf Lösungen, stehen früh auf, leisten viel und bekommen immer weniger Anerkennung.

Vor allem die bürokratischen Auflagen belasten Handwerks- und Kleinbetriebe. Ob Arbeitsschutz, Dokumentationen jedweder Art, Nachhaltigkeitsberichte, die Bearbeitung von öffentlichen Ausschreibungen, all das türmt sich höher und höher auf. Um rechtsicher arbeiten zu können, müssen sich die Betriebe immer häufiger Beraterfirmen „leisten“ oder einen überproportional hohen Zeitaufwand betreiben, um den ständig neuen und gravierenderen Regelungen und Vorschriften aus EU, Bund oder Land neben der täglichen Arbeit nachkommen zu können. Selbst Anträge für Förderprogramme oder Kredite sind mithilfe eines Profis erfolversprechender und verhindern, sich in bürokratischen Fallstricken zu verfangen. Das verantwortungsvolle Wirtschaften wird dadurch in den Hintergrund gerückt, die Bürokratie erstickt die Motivation und kostet Zeit, Energie und Geld.

Handwerksberufe im Ernährungsbereich kämpfen immer häufiger ums Überleben. Gründe dafür sind u. a. Personalmangel und fehlende Nachfolger (z. B. in Metzgereien), aber auch Kostengründe wie in Bäckereien (Energiekosten) und Cafés von Konditoren, die in Innenstädten die ständig wachsenden Mietpreise nicht so auf ihre Waren umlegen können, wie sie es für ein wirtschaftliches Überleben bräuchten. Die Folge all dessen sind Schließungen. Hinzu kommen veränderte finanzielle Rahmenbedingungen bei den Verbrauchern. Sie zwingen die Verbraucher zum Sparen, z. B. durch den Einkauf im Supermarkt von Industriewaren zu günstigeren Preisen. Dadurch steht das Handwerk in diesem wichtigen Bereich der Ernährung sehr unter Druck und vor gravierenden Veränderungen.

Nachwuchsmangel ist den politischen Umständen, aber auch einem veränderten Bildungssystem geschuldet. Fehlende Grundlagen in Mathematik und Deutsch verhindern immer häufiger das Angebot eines Ausbildungsvertrages. Betriebe, die überhaupt noch ausbilden, brauchen Bewerber, die ein Mindestmaß an Allgemeinbildung vorweisen können.

Statt Wertschätzung gibt es Bürokratie, statt Zukunftsaussichten wachsendes Misstrauen und steuerliche Belastung. Nachwuchs fehlt, und viele Förderprogramme sind zu kompliziert oder kaum erreichbar. BÜNDNIS DEUTSCHLAND macht sich deshalb konsequent für das Handwerk stark. Wir fordern die Anhebung des Gewerbesteuerfreibetrags für Einzelunternehmen und kleine GmbHs. Betriebsnotwendige Investitionen wie Werkzeuge, Fahrzeuge oder Maschinen dürfen sofort oder innerhalb kürzester Zeit abgeschrieben werden. Gleichzeitig braucht das Handwerk Nachwuchs und Wertschätzung. Wir setzen uns für echte Bildungspartnerschaften zwischen Schulen und Handwerksbetrieben ein: durch Praktika, Werkstatttage und konkrete Einblicke in berufliche Alternativen. Das Handwerk ist modern, vielfältig, anspruchsvoll und verdient dieselbe gesellschaftliche Anerkennung wie jedes andere Berufsfeld.

Pflege

Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland steigt stetig an. Gleichzeitig explodieren die Kosten für stationäre Pflegeplätze, wodurch Angehörige zunehmend an ihre finanziellen und psychischen Grenzen geraten. Auch Pflegekräfte und Einrichtungen kämpfen mit steigenden Personal-, Energie- und Lebenshaltungskosten sowie mit übermäßiger Bürokratie.

Häusliche Pflege / Unterstützung der Angehörigen

Pflegebedürftige sollten so lange wie möglich in ihrem vertrauten Zuhause leben können. Zuschüsse für notwendige Umbauten (z. B. barrierefreie Duschen) sind zwar vorgesehen, doch mit erheblichem bürokratischem Aufwand verbunden – Ablehnungen sind keine Seltenheit.

Die häusliche Pflege durch Angehörige ist kräftezehrend, besonders wenn Berufstätigkeit reduziert oder aufgegeben werden muss. Zwar gibt es Verbesserungen, doch diese reichen nicht aus. Mehr Tages- und Kurzzeitpflegeplätze sowie eine stärkere Einbindung von ambulanten Diensten sind notwendig. Das Modell der „Community Health Nurses“ (früher Gemeindefürsorgeschwestern) ist ein vielversprechender Ansatz und sollte ausgebaut werden.

Da pflegende Angehörige auch Erholung brauchen, ist eine ausreichende Zahl an Kurzzeitpflegeplätzen dringend erforderlich.

Schutz vor finanziellen Härten

Für die Finanzierung der stationären Pflege müssen Pflegebedürftige in der Regel zunächst ihr Einkommen und Vermögen einsetzen – bis hin zum Eigenheim. Erst wenn die eigenen Mittel aufgebraucht sind, springt die Sozialhilfe ein. Das führt häufig dazu, dass Menschen ihr Lebenswerk verlieren und Angehörige in die Altersarmut getrieben werden. Wir setzen uns daher für einen besseren Schutz des aufgebauten Vermögens ein.

Pflegepersonal

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert attraktive Arbeitsbedingungen, leistungsgerechte Vergütung und den Abbau unnötiger Bürokratie. Nicht-medizinische Aufgaben können Assistenzkräfte übernehmen, damit examinierte Pflegekräfte mehr Zeit für die eigentliche Pflege und Betreuung haben.

Pflegeheime

Besonders die kleinen Pflegeeinrichtungen haben in den letzten Jahren immer mehr unter den bürokratischen Vorgaben und dem Fachkräftemangel gelitten. Dabei sind kleinere und damit familiärere Einrichtungen für die Patienten häufig mit einem besseren Wohlfühlerlebnis verbunden. Fachkräftemangel muss durch ambulante Pflegedienste ausgewiesen, was zu einer ständig veränderten Personalbesetzung führt und meist mit höheren Kosten verbunden ist.

Selbst in großen Häusern kann der Fachkräftemangel, trotz der stärkeren Personaldecke nicht immer aufgefangen werden. Die Bürokratie schlägt sich auch in diesen Einrichtungen als Hemmnis nieder.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND steht für eine ausreichende und bezahlbare Versorgung in Pflegeeinrichtungen in Wohnortnähe. Damit können Besuche von Angehörigen regelmäßig erfolgen, was dem Patientenwohl zugutekommt. Des Weiteren sind kleine Wohngemeinschaften und Pflegeeinrichtungen zu unterstützen bzw. zu erhalten. Bürokratische Hürden sollen in diesem Bereich deutlich reduziert werden, so dass der Pflegebedürftige im Vordergrund steht und nicht Paragraphen

Soziales

Die Reform der Sozialsysteme in Deutschland sind ein komplexes Unterfangen, da die Systeme stark von demografischen Veränderungen, steigenden Kosten und begrenzten Ressourcen beeinflusst werden.

Rente

Die wachsende Altersarmut in Deutschland zeigt, wie sehr die Politik des Wegschauens in Sachen Rente die älteren Generationen belasten. Ersparnisse werden nach und nach aufgebraucht, um über die Runden zu kommen. Die Rentenerhöhungen reichen nicht aus, um mit den gestiegenen Alltagskosten wie Lebensmittelpreise, Energie- und Wohnkosten mitzuhalten. Stattdessen müssen Ruhegeldbezieher auch den Weg zum Amt für die Beantragung von Wohngeld machen, und dies, nachdem sie jahrzehntlang für unser Land ihre Steuern und Abgaben bezahlt haben.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert eine Rentenreform, die die verdiente **Sicherheit** im Ruhestand bringt und dabei die Berufstätigen und kommenden Generationen nicht überlastet. Dies wird ohne umfangreiche Einschnitte jedoch nicht möglich sein.

Vermögensaufbau für den Ruhestand mit persönlichem Investmentkonto

BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich für ein persönliches Investmentdepot ein. Jeder Bürger kann eines eröffnen. Dabei setzen wir auf Einfachheit und so wenig Bürokratie wie möglich. Über dieses Depot soll jeder in Anleihen, Investmentfondsanteile, Aktien oder ETFs frei investieren können. Auf Ausschüttungen oder Verkäufen aus dem Investmentdepot, die wieder im Investmentdepot angelegt oder auf dem zugehörigen Verrechnungskonto geparkt

werden, fällt keine Kapitalertragssteuer an. Entnahmen werden nachbesteuert. Ab Vollendung des 65sten Lebensjahres sind sie steuerfrei.

Überträge aus einem anderen eigenen Depot sind möglich. Diese werden wie ein „Depotübertrag mit Gläubigerwechsel“ versteuert. Sprich Kursgewinne vor Übertrag unterliegen der Kapitalertragssteuer. Alle, die nach dem Übertrag anfallenden sind steuerfrei.

Hinterbliebene behalten die steuerlichen Vorteile, wenn das vorhandene Depot nebst Guthaben auf dem Verrechnungskonto, auf das Investmentdepot der begünstigten Person übertragen wird. Die begünstigte Person kann auch eigens für die Übertragung Ihr eigenes Investmentdepot eröffnen, um das Kapital der verstorbenen Person ohne Abzüge zu übernehmen.

Effizienzsteigerung in der Verwaltung

Die Verwaltungskosten der Rentenversicherung könnten durch Digitalisierung und Automatisierung gesenkt werden, um mehr Mittel für die Rentenzahlungen freizusetzen.

Niederlande als Vorbild

Das niederländische Rentensystem kombiniert eine staatliche Grundrente (AOW) mit einem nahezu flächendeckendem betrieblichem und kapitalgedecktem Rentensystem. Die AOW bietet eine solide Basis für alle Bürger, unabhängig von ihrer Erwerbshistorie, während betriebliche Renten durch private Fonds hohe Renditen erzielen.

Im Gegensatz zum deutschen Umlageverfahren, das stark vom Verhältnis Beitragszahler zu Rentnern abhängt, basiert das niederländische System zu einem großen Teil auf kapitalgedeckten Fonds. Diese investieren global und erzielen langfristig stabile Renditen, was das System weniger anfällig für den demografischen Wandel macht.

Basierend auf aktuellen Analysen, insbesondere dem Mercer CFA Institute Global Pension Index 2024, hat die Niederlande das beste Rentensystem der Welt, weil es eine ausgewogene Mischung aus staatlicher Grundrente, kapitalgedeckter betrieblicher Vorsorge und hoher Transparenz bietet. Es ist nachhaltig, anpassungsfähig und sichert einen hohen Lebensstandard im Alter.

Bürgergeld

Bürgergeld neu aufsetzen

Unsere Sozialleistungen sind eine Belastung, die den gesellschaftlichen Frieden gefährdet. Höhere oder nur wenig niedrigere Sozialbezüge als es ein vergleichbarer Arbeitnehmer hat, unterstützen nicht den Leistungsgedanken, sondern benachteiligen diejenigen, die in diesem Land mit ihrer Arbeit durch Steuern und Abgaben das System bezahlen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Bezieher von Sozialleistungen Pflichten nachzukommen haben, die eine Eingliederung in unsere Gesellschaft, den Übergang in oder die Wiederaufnahme der Berufstätigkeit erleichtern:

Integration und Sachleistungen

Für unsere ausländischen Gäste ist daher der Besuch von Deutschunterricht verpflichtend. Dazu gehört auch eine Schulpflicht für Kinder und Jugendliche, unabhängig von der Teilnahme in Vorbereitungsklassen oder Regelunterricht. Eltern haften hier für ihre Kinder. Eine Verbesserung der Sprachkenntnisse benötigt Nachweisbarkeit in allen Bildungsbereichen. Leistungskürzungen können bei der Durchsetzung dieser Pflicht helfen.

Wir fordern außerdem die Pauschalisierung der Wohnkosten nach 12 Monaten Bürgergeldbezug. Genug Zeit, um sich eine andere Wohnung zu suchen. Von jemandem der dauerhaft staatliche Leistungen bezieht, kann die Allgemeinheit erwarten, dass dieser sich selbstständig um eine Reduzierung der Kosten kümmert. So wie das auch jeder tun muss, der einer Arbeit nachgeht.

Sozialstunden und Arbeitsanreize

Wer Sozialleistungen bezieht und arbeitsfähig ist soll Sozialstunden leisten. Integration kann dadurch gefördert, Schwarzarbeit reduziert werden. Es muss nachhaltig verhindert werden, dass sich das Modell Bürgergeld und Schwarzarbeit etabliert. Deshalb fordern wir die Senkung der Abzugsrate bei Zuverdienst: Die Abzugsrate für Einkommen aus Arbeit bei Bezug von Sozialleistungen soll auf unter 50 % gesenkt werden, um Arbeit finanziell attraktiver zu machen.

Bürgergeld als Übergangsleistung

Wir betrachten das Bürgergeld als eine Übergangsleistung, die Menschen in Notlagen temporär unterstützt und sie zugleich befähigt, wieder eigenverantwortlich für sich selbst zu sorgen. Bürgergeld soll nicht zu einer dauerhaften Lebensgrundlage werden. Vielmehr geht es darum, Leistungsbeziehende zu begleiten und individuell zu fördern, sodass möglichst schnell eine Arbeitsaufnahme realisiert wird. Bei Arbeitsverweigerung müssen die Sanktionen, für Personen, die Arbeitsangebote ablehnen, ausgebaut werden, um Missbrauch zu verhindern.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert: Arbeit muss sich lohnen, nicht der Bezug von Sozialleistungen.

Gesundheit

Unser Gesundheitssystem steht auf sehr wackeligen Beinen in vielerlei Hinsicht. Die Finanzierung im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherungen ist nicht mehr gesichert (die Kassen melden seit Jahren Verluste und die Kosten steigen weiter) zudem gibt es immer mehr Lücken in der wohnortnahen Versorgung von Patienten, die auf verschiedenen Ursachen basieren.

Diese eklatanten Missstände sind zum Großteil auf politische Entscheidungen zurückzuführen, die dringend revidiert bzw. aktualisiert werden müssen, um eine angemessene Versorgung der Bevölkerung auch in Zukunft gewährleisten zu können. Einen Teil zur Verbesserung der Situation kann allerdings jeder selbst beitragen. Eigenverantwortung übernehmen und eine erhöhte Aufmerksamkeit in Sachen Prävention können in diesem Prozess einiges bewirken.

Finanzierung

Auf Bundesebene ist der Staat für die derzeitige finanzielle Misere der gesetzlichen Krankenversicherungen verantwortlich. Es gibt immer weniger Beitragszahler, zu viele Fehlanreize wurden geschaffen, zu viele Eingriffe in den Abrechnungskatalog sowohl in Kliniken als auch ärztlichen Praxen, so dass die gesetzlichen Krankenkassen (GKV) 2024 einen Verlust von 6,6 Mrd. € ausgewiesen haben.

Ein wichtiger Grund für das Minus: Der Staat übernimmt nicht seine Verpflichtung zur vollen Kostenübernahme der Krankenversicherung für Bürgergeldempfänger, sondern nur ca. 40 %. Das macht pro Jahr einen Betrag von rund 10 Mrd. €, die er den GKV's schuldig bleibt. Diese Summe muss dann von den Versicherten und deren Arbeitgebern noch zusätzlich getragen werden, was zu den Erhöhungen der Zusatzbeiträge der letzten Monate geführt hat und zu weiteren führen wird. Hier werden der arbeitenden Bevölkerung in zweierlei Hinsicht die Kosten für die Krankenversicherung auferlegt: durch Steuern und Versicherungsbeiträgen.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich für die Erfüllung der Verpflichtung der vollen Kostenübernahme durch den Staat ein.

Geleistete Arbeit muss bezahlt werden. Im Gesundheitsbereich wird viel mehr geleistet, als am Ende vergütet wird. Um dennoch finanziell über die Runden zu kommen, musste der Gesundheitsbereich sich darauf einstellen und trotzdem sein Geld verdienen, was zu Lasten der Patienten geht.

Die Fallpauschalen in den Krankenhäusern schaden den Einrichtungen und den Patienten. Jeder Mensch sollte das Recht haben, erst dann entlassen zu werden, wenn es aus ärztlicher Sicht sinnvoll ist und nicht aus abrechnungstechnischen

Gründen. „Blutige Entlassungen“, vor allem bei Vorerkrankten gilt es zu vermeiden, da dies zu Komplikationen führen kann. Die Kosten der Behandlung einer Erkrankung können bei Patienten unterschiedlich sein und dürfen nicht von vornherein vorgegeben werden.

In ärztlichen Praxen wird bei verschiedenen Diagnosen nur eine Einmalvergütung pro Quartal bezahlt, unabhängig von der Häufigkeit, in der der Arzt den Patienten untersucht und ohne Berücksichtigung der Dauer der Behandlung. Diese Regelung ist nicht kostendeckend für den Arzt, und der Patient rückt dadurch in den Hintergrund.

Ein ausgestelltes Rezept z. B. für physiotherapeutische Behandlung kann wegen eines bürokratischen Fehlers unbezahlt bleiben. Die betroffene Praxis bleibt in solchen Fällen auf ihren Kosten sitzen und hat „umsonst“ gearbeitet.

Die Einrichtung des Gesundheitsfonds muss rückgängig gemacht werden. Diese Institution zur Umverteilung unserer Versicherungsbeiträge kostet Geld, das sinnvoller für Patienten eingesetzt werden kann.

Dies sind nur wenige Beispiele, die zeigen, welche negativen Auswirkungen die staatliche Überregulierung auf die Finanzen unseres Gesundheitssystems und unser Wohlergehen hat.

Wohnortnahe medizinische Versorgung

Jeder Bürger hat das Recht auf eine angemessene medizinische Versorgung, unabhängig von seinem Wohnort oder Einkommen. Das gilt für Behandlungen in Kliniken und ärztlichen Privatpraxen. Leistung muss sich für all diese Bereiche lohnen, so dass Fehlanreize vermieden werden. Das spart Geld und nutzt den Patienten.

Unsere Krankenhäuser müssen die flächendeckende Grundversorgung erfüllen können. Spezialkliniken sollten in erreichbarer Nähe sein, so dass hier in Notfällen zügig verlegt werden kann. Aber auch Kinderkliniken oder ausreichend geriatrische Betten sind heute teilweise nicht mehr wohnortnah vorhanden. Die Belastung der Angehörigen durch weite Fahrten und die Begleitung der jüngsten und ältesten Patienten stellt Familien vor große Probleme. Tatsächlich anfallende Kosten für Behandlungen müssen von Krankenkassen übernommen werden, so dass der Patient im Vordergrund steht und nicht ein Abrechnungssystem, das an der Realität vorbeigeht.

Der Ausbau von mehr Rettungsstellen wird die Schließung von Kliniken nicht kompensieren können. Vor allem, wenn z. B. anstatt drei Krankenhäusern nur noch ein zentrales im ländlichen Raum zur Verfügung steht, ist eine Überbeanspruchung vorprogrammiert. Lange Wartezeiten und auch längere Anfahrten zur Klinik können Menschenleben gefährden. Unsere Rettungsdienste sind 24 Stunden am Tag im Einsatz. Auch in diesem Bereich muss die Arbeitszeit bezahlt werden.

Privatisierungen im Bereich der stationären Versorgung, der medizinischen Versorgungszentren und besonders der Pflegeeinrichtungen sind zu begrenzen und überprüfen. Während vorerkrankte und schwer Kranke meist in den kommunalen Krankenhäusern behandelt werden, was auch mit Komplikationen einhergehen kann, setzen private Einrichtungen auf gut bezahlte Eingriffe und Behandlungen, was zu einem Ungleichgewicht und zu einer Benachteiligung der kommunalen Kliniken führen kann. Daher sind insbesondere fremdinvestorgetragene Einrichtungen zurückzudrängen. Während sich Privatkliniken ihre Klientel selbst herausuchen können, müssen unsere kommunalen Krankenhäuser alle Patienten behandeln, unabhängig ob es sich um einen Beitragszahler handelt oder nicht. Mit Fallpauschalen ist hier kein Gewinn zu erzielen, so dass dies nicht als Ziel für unsere Krankenhäuser ausgegeben werden darf.

Ärztliche Hausarztpraxen sind in einigen Landkreisen schon Mangelware. Die Versorgung liegt in ländlichen Gebieten häufig deutlich unter 100 %. Um hier endlich Abhilfe zu schaffen, braucht es grundlegende Veränderungen: Bürokratieabbau, Bezahlung der geleisteten Arbeit, Anreize für den Weg in die Selbstständigkeit und die Ausbildung von mehr Ärzten durch Zugangserleichterungen zum Studium mit einer frühzeitigen Einbindung in die praktische Arbeit am Patienten. Wir setzen uns außerdem für die Förderung von kommunalen Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) ein.

Die flächendeckende und wohnortnahe Versorgung durch Hebammen sowie eine angemessene Vergütung ist zu unterstützen, abzulehnen ist die Kürzung der Ausgaben für Beleghebammen. Damit Schwangere und Mütter nachgeburtlich weiterhin verantwortungsvoll betreut werden können, darf der erste Studium-Abschlussjahrgang 2025 nicht in eine finanziell unsichere Zukunft entlassen werden.

Apotheken müssen in unseren Städten und Gemeinden erhalten bleiben.

Bürokratie-Abbau:

Auch die medizinischen Bereiche sind nicht vor immer umfangreicheren Dokumentationspflichten geschützt. Diese überbordende Bürokratie belastet alle in diesem Bereich Tätigen und kostet Zeit und Geld, das nicht erwirtschaftet werden kann. Hier muss Abhilfe geschaffen und Konzepte vorgelegt werden zur Vereinfachung, anstatt immer mehr zu fordern und damit die Kosten hochzuschrauben.

Im Bereich der zahnmedizinischen Versorgung gehören z. B. anlasslose Begehungen abgeschafft. Beispiel dafür ist Bayern, wo lediglich eine Institution im Freistaat diese zeitraubenden Kontrollgänge vornimmt und nur bei wirklichem Bedarf.

Prävention

Im Bereich der Prävention ist in unserem Land noch viel Luft nach oben. Eigenverantwortung ist die Grundlage für die Erhaltung der eigenen Gesundheit. Dazu gehört gute Ernährung, ausreichend Bewegung und die Motivation auf den eigenen Körper zu hören und in ihn zu investieren. Die Erwartungshaltung, dass der Arzt mit Medikamenten alles in Ordnung bringt, ist nicht hilfreich, wenn es die Vermeidung unserer Zivilisationskrankheiten betrifft. Ideologiefreie Aufklärung für eine gesunde Lebensführung sollte bereits in der Schule beginnen. Im Erwachsenenalter setzen wir uns für die Entwicklung, Einsetzung und Bezahlung von mehr berufsspezifischen Präventionsprogrammen ein. Unsere Gesundheit ist es wert, dass wir uns darum kümmern.

Ablehnung der elektronischen Patientenakte

Die elektronische Patientenakte ist abzulehnen. Patientendaten sind nicht sicher geschützt, die Pseudonymisierung ist nicht ausreichend, um Rückschlüsse auf den Patienten zu ziehen und das Befüllen der Akte ist immer noch nicht klar geregelt. Daher ist der bisherige Wunsch, alle Daten auf der ePA zu hinterlegen, vor allem datenschutzrechtlich nicht tragbar.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich ein für die Erfassung einer Medikationsliste auf der Karte, die im Notfall rasch ausgelesen werden kann und dadurch Fehlbehandlungen vermieden werden können.

Corona-Aufarbeitung durch Untersuchungsausschuss / WHO / IGV

Die Corona-Krise hat viele Schwachstellen im Gesundheitssystem und in politischen Entscheidungsprozessen aufgezeigt. Wir fordern eine umfassende Aufarbeitung, um aus den Fehlern zu lernen und die Grundlagen für eine transparente und evidenzbasierte Gesundheitspolitik zu schaffen. Die in Baden-Württemberg besonders harten Maßnahmen, vor allem in der Weihnachtszeit 2021/22, entbehren bis heute jeder wissenschaftlichen Grundlage. Bevor die nächste Pandemie verordnet wird, bedarf es einer ideologiefrei geführten Untersuchung der politisch verantworteten Maßnahmen.

Insbesondere muss die Anerkennung von Impfschäden schneller und häufiger gewährleistet werden. Die Aufnahme des Krankheitsbildes Long-Covid in den ärztlichen Abrechnungscode zieht zwingend die Anerkennung des Post-Vac-Syndroms mit einer entsprechenden ICD-Nummer nach sich. Dafür setzt sich BÜNDNIS DEUTSCHLAND ausdrücklich ein, verbunden mit einer angemessenen Entschädigung der durch die Injektionen geschädigten Menschen.

Nicht zielführend ist daher der am 16.07.2025 vom Bundeskabinett verabschiedete Gesetzentwurf, der in Zusammenhang mit den Internationalen Gesundheitsvorschriften und dem WHO-Vertrag die Einschränkung von Grundrechten erlauben soll, die in der Corona-Zeit so viel Leid hervorgerufen haben.

Körperliche Unversehrtheit, **Freiheit**, Brief- und Postgeheimnis und Freizügigkeit müssen uneingeschränkt erhalten bleiben, auch in Zeiten von Erkrankungswellen.

Ganzheitliche Behandlungen ermöglichen / Homöopathie zurück in die Hörsäle

Das Verdrängen homöopathischen Wissens hat leider in den Universitäten im Südwesten Einzug gehalten. Der ganzheitliche Ansatz, einen Patienten nicht nur nach seinen Symptomen zu behandeln, sondern auch Ursachenforschung mit einzubeziehen, passt nicht ins aktuelle Abrechnungssystem. Dabei gibt es jahrhundertlange Erfahrung mit dieser Behandlung und den eingesetzten Arzneimitteln. Dieses Wissen muss bewahrt, weiterentwickelt und vor allem vermittelt werden.

Die aktuellen Erkenntnisse aus neuesten Studien, z. B. zu Naturheilverfahren, Phytomedizin, Ganzheitliche Medizin und Alternative Heilverfahren, sind dabei zu berücksichtigen, so dass Ärzte nach bestem Wissen und Gewissen die Untersuchung und Behandlung ihrer Patienten zielorientiert betreiben können. Mehr Zeit für die Patienten zahlt sich am Ende für alle aus. Für die Patienten, für unsere Ärzte und auch für die Krankenversicherungen.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich ein für Vorlesungen zu den Aus- und Fortbildungen zur Homöopathie in unseren baden-württembergischen Universitäten sowie für die Vermittlungen neuer Heilungsansätze nach dem Motto: Wer heilt, hat Recht.

Sport

Nicht erst seit den Einschränkungen der Corona-Maßnahmen ist bekannt, dass Bewegung ein entscheidender Faktor für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Gesundheit und auch Integration ist. Sport ist für alle Altersklassen wichtig, Vereine haben für eine Gesellschaft einen hohen Stellenwert, Breiten-, Leistungs- und Spitzensport brauchen allerdings eine zuverlässige und höhere Förderung. In Baden-Württemberg haben wir als einziges Bundesland den Solidarpakt, der mit jährlich 105 Millionen Euro in den Sport investiert, 2021 und 2022 noch jeweils 20 Mio. Euro für den Sportstättenbau. Nach Jahren, in denen auch diese Infrastruktur vielerorts auf Verschleiß gefahren wurde, konnte damit einiges aufgeholt werden.

Durch den demografischen Wandel gibt es immer mehr Ruheständler, die Sportangebote wahrnehmen. Die Schullandschaft hat sich und wird sich weiter verändern, so dass immer mehr Schulstunden in den kommunalen Sporthallen bis nachmittags 16 oder gar 17 Uhr stattfinden. Der Vereinssport wird damit immer mehr in die Abendstunden gedrückt, was für Kinder und Jugendliche oder auch ältere Sportlern zur Belastung werden kann. Allzu viele neue Sporthallen sind aber in den letzten zwei Jahrzehnten nicht errichtet worden, um den gestiegenen Bedarf aufzufangen. Steigende Baukosten, höhere Auflagen und immer umfangreichere Anforderungen an die Kommunen haben hier nur wenig finanziellen Spielraum gelassen, große Projekte in Angriff zu nehmen.

Am 12. Oktober 2021 trat das [Gesetz zur ganztagigen Förderung von Kindern im Grundschulalter](#)“ ([Ganztagsförderungsgesetz - GaFöG](#)) in Kraft und damit verbunden ein Rechtsanspruch auf eine ganztägige Betreuung für Kinder im Grundschulalter (SGB VIII). Hierbei sollen auch die Sportvereine eine Rolle bei der Betreuung spielen. Stand 1. Juli 2025 hat die Landesregierung noch keine verbindliche Aussage zur Finanzierung dieser Betreuung getroffen, sondern lediglich den Kommunen die Ausarbeitung für die Einhaltung dieses Gesetzes übertragen. Die ortsansässigen Sportvereine sind zwar über die gewünschte Mitarbeit informiert, auch kennen sie die Voraussetzungen für mögliche Trainer/Übungsleiter/Mitarbeiter zur Gestaltung der Betreuung, doch 4 Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes und ein Jahr vor dem Start sind nicht alle Fakten auf dem Tisch, geschweige denn konkrete (Finanzierungs-) Pläne des Kultusministeriums kommuniziert worden.

Des Weiteren gibt es immer weniger Sportschwimmbäder. Kleinere Hallenbäder, die auch Warmwassertage im Angebot hatten für Kleinkinder oder auch ältere Menschen, wurden in den letzten Jahren mehrfach geschlossen aus Kostengründen (Energie oder Sanierungsbedarf). Der LSV hat mittlerweile mehrere Schwimmcontainer im Einsatz, die für einige Wochen aufgestellt werden können, um vor Ort Schwimmunterricht im Grundschulalter zu ermöglichen und dem Mangel zu begegnen. Für die Größe unseres Bundeslands ist dies jedoch zu wenig, zeigt aber dass der LSV Baden-Württemberg um Lösungen bemüht ist.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich für eine bessere finanzielle Ausstattung des Sports in Baden-Württemberg ein. Für die Sportlerinnen und Sportler, Schülerinnen und Schüler, für mehr Sportflächen und Hallenbäder, für unsere Vereine, für unsere Kommunen.

Sport aufwerten

Sporttreiben in Deutschland wird sehr unterschiedlich betrachtet. Während Profi-Sportler wie z. B. Bundesliga-Fußballer im Rampenlicht stehen und hohes Ansehen genießen, ist dies bei Trainern und Sportlern anderer Sportarten sehr begrenzt. Insbesondere in niedrigeren Spielklassen bzw. -Ligen vor allem im Jugendbereich werden die Akteure meist nur mit einem Lächeln und einem Händedruck bedacht. Dabei ist Sport eine wichtige Stütze in sozialer und gesellschaftlicher Hinsicht. Mit Sport lernen schon die Kleinsten ihren Körper richtig einzuschätzen, Erfolgserlebnisse motivieren, der richtige Umgang mit Niederlagen im Wettbewerb wird erlernt, Integration und Inklusion können gemeinsam erlebt werden, Sport zur Prävention und in der Reha werden in einer immer älter werdenden Gesellschaft wichtiger und Medaillensegen im internationalen Vergleich beflügelt eine gesamte Bevölkerung.

Es ist eine bessere Abstimmung von Bund, Ländern, Verbänden und Vereinen erforderlich.

Sportstättenbau

Der Sportstättenbau muss auch weiterhin im Rahmen des Solidarpaktes zusätzlich finanziell unterstützt werden. Prävention, durch den Lehrplan vorgegebene Schulstunden sowie die altersklassenübergreifende Sportförderung für Breiten- bis Spitzensport brauchen mehr Sportflächen, das schließt explizit auch Schwimmbäder ein. Durch attraktive und in ausreichender Zahl vorhandene Sportstätten können auch Präventionsangebote für jedes Alter flächendeckend angeboten werden, was letztendlich auch die Krankenkassen entlasten kann.

Jede Schule eine Halle ist daher eine zentrale Forderung von BÜNDNIS DEUTSCHLAND.

Förderung des Kindergartensports

Bewegung ist bei Kindergartenkindern sehr wichtig. Jedoch nicht alle Kindergärten haben einen gut ausgestatteten Turnraum. In diesem Bereich kann durch Zusammenarbeit mit Vereinen eine mögliche Lücke geschlossen werden, sofern die Vereine die entsprechende finanzielle Vergütung erhalten.

Förderung des Schulsports

Schulsport in der Grundschule erfolgt immer wieder durch fachfremde Lehrkräfte. Wenn Sport nicht als Hauptfach während des Studiums gewählt und/oder kein Übungsleiter-/Trainer-/Rettungsschwimmerschein erworben wurde, ist die fachliche Kompetenz eingeschränkt. Angehenden Referendaren sollten daher Angebote zum Erreichen dieser Fachkompetenz in der Zeit bis zum Beginn ihres Referendariats und während dessen gemacht werden, um den Sportunterricht sicher und abwechslungsreich zu gestalten und den Grundschulkindern in ihren sensiblen Entwicklungsphasen gerecht zu werden.

In den weiterführenden Schulen dürfen auch im Fach Sport die Anforderungen an die Schülerinnen und Schüler nicht ständig abgesenkt werden. Der Anreiz, für das Fach Sport zu trainieren, wird dadurch aufgelöst. Die Diskrepanz zwischen den geforderten Leistungen in der Schule und den unveränderten Anforderungen beim Sportabzeichen wird immer größer. Die Notengebung gibt diesen Negativ-Trend nicht wieder.

Bundesjugendspiele

Wir setzen uns ein für Bundesjugendspiele, die die Leistung jedes Einzelnen wiedergeben. Persönliche Bestleistungen im Sport sind zu genauso anzuerkennen, wie sehr gute Leistungen in den Lernfächern.

Förderung des Behinderten-, Reha-, Breiten-, Leistungs- und Spitzensports

Behinderten-, Reha-, Breiten-, Leistungs- und Spitzensports brauchen eine gezielte Förderung anstatt des Gießkannenprinzips bei der Verteilung finanzieller Mittel.

Eine Aufspaltung in Grundförderung und Erfolgsprämien würde dem Leistungsgedanken gerecht werden. Neben der zeitlichen und tatsächlichen Verfügbarkeit von geeigneten Sportstätten und den entsprechenden Trainern ist ein ausreichendes Einkommen durch Sportförderung, mit der der eigene Lebensunterhalt sowie die Anschaffung der benötigten Sportgeräte etc. bestritten werden können, eine wichtige Grundlage für das Erzielen von Spitzenleistungen.

Eine Daseinsvorsorge für Spitzensport-Athleten sollte in der Förderung beinhaltet sein. Die entsprechende Ausbildung bzw. Studium muss beinhaltet sein. Nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Sportbetrieb, aus Altersgründen oder verletzungsbedingt, müssen Möglichkeiten für die berufliche Nutzung des bisher Erlernten geschaffen sein.

Förderung der Sportvereine

Sportvereine sind ein zentraler Bestandteil unserer Gesellschaft. Auf Bundesebene setzen wir uns für die steuerliche Absetzbarkeit von Mitgliedsbeiträgen ein, um den Zugang zu sportlichen Aktivitäten für alle Bevölkerungsgruppen zu erleichtern.

Da unsere Sportvereine eine gesellschaftliche Aufgabe übernehmen, fordern wir die Abschaffung von Auflagen in den Bereichen Datenschutz, Hinweisgeberschutzgesetz, Berufsgenossenschaft, **Arbeitsicherheit** und betriebsärztliche Versorgung. Diese staatlichen Anforderungen belasten nicht zuletzt alle Abteilungen eines Vereins. Die Gemeinnützigkeit sollte vor diesen Belastungen schützen.

Weniger Bürokratie mit den damit verbundenen juristischen Fallstricken, mehr freie Gestaltungsmöglichkeiten sowie steuerliche Vorteile sollen einen Anreiz bieten, um unsere einzigartige Vereinslandschaft mit Ehrenamtlichen zu erhalten.

Anerkennung und Förderung des Trainerberufs

Trainer als Beruf soll anerkannt werden. Aufgrund der zunehmend bewegungsarmen Schul- und Arbeitswelt kann der richtige Ausgleich für alle Altersklassen geschaffen werden. Dazu wird der Beruf des Trainers in unterschiedlicher sportartenspezifischer und/oder -übergreifender Ausrichtung dringend benötigt. Nicht zuletzt für den Bedarf an geeigneten Betreuungspersonen im Ganztageschulbetrieb müssen umgehend die richtigen Weichen gestellt werden.

Die einzelnen Sportverbände und Spitzensportler, vor allem aus den olympischen Disziplinen, müssen in die Entwicklung eines Konzeptes einbezogen werden, so dass die bürokratischen Hürden minimal sind und der Nutzen für Gesellschaft und Trainer hoch.

Familienpolitik

Bündnis Deutschland steht für mehr **Freiheit**, für Eigenverantwortung und für Stärkung der Familien, ohne sie in immer neue Abhängigkeiten zu treiben. Eine starke Gesellschaft beginnt im Kleinen — in der Familie, in der guten Betreuung unserer Kinder und in der **Sicherheit**, dass Eltern Beruf und Erziehung verbinden können.

Kinderbetreuung, Vereinbarkeit und familienfreundliche Unternehmen

Wir investieren in den Ausbau der Kinderbetreuung. Mehr Kita-Plätze, flächendeckende Ganztagsangebote, Ausbau der Kindertagespflege und die Förderung betrieblicher Kinderbetreuung. Nur so ermöglichen wir Elternersatzzeiten, die

verlässliche Erwerbstätigkeit, sichere Einkommen und gleichberechtigte berufliche Entwicklung von Müttern und Vätern. Gleichzeitig setzen wir auf flexible Angebote — vom verlängerten Öffnungszeitfenster bis zu passgenauen Betreuungsmodellen — damit Betreuung an den Lebensrealitäten der Familien ausgerichtet ist.

Wir wollen Arbeit neu denken: Flexible Arbeitszeitmodelle wie Teilzeitoptionen, Home-Office-Regelungen, Jobsharing und Sabbaticals sollen rechtlich und steuerlich so gestaltet werden, dass Familien davon profitieren. Gleiches gilt für die Elternzeit. Wir setzen uns dafür ein, Anreize für Mütter und Väter zu schaffen und die Elternzeit so flexibel zu machen, dass sie an Familienbiografien angepasst werden kann. Denn nur eine echte Gleichstellung in der Elternschaft sichert die ökonomische und soziale Teilhabe beider Elternteile.

Auch betriebliche Familienfreundlichkeit ist uns wichtig. Wir fördern eine Kultur familienfreundlicher Unternehmen durch Beratungsangebote, öffentliche Anerkennung und ein Zertifikatssystem, das Best-Practice-Unternehmen sichtbar macht. So stärken wir nicht nur die Familien, sondern auch die Innovations- und Leistungsfähigkeit der Unternehmen und sichern Fachkräfte langfristig.

Finanzielle Sicherheit und Wohnen

Familien brauchen finanzielle **Sicherheit** und bezahlbaren Wohnraum. Wir werden Wohnraumförderung zielgerichtet einsetzen, damit Familien nicht durch steigende Mieten oder **Unsicherheit** im Wohnbereich überfordert werden. Ergänzend stärken wir das Elterngeld so, dass es Familien in wichtigen Lebensphasen verlässlich absichert, ohne Anreize zu schaffen, die die Erwerbstätigkeit einseitig hemmen.

Bildung und Elternunterstützung

Bildung ist die beste Investition in die Zukunft. Frühe Förderung mit hohen Qualitätsstandards, gezielter Sprachbildung und enger Kooperation mit Eltern ist unverzichtbar. Wir fördern außerdem niedrigschwellige Elternbildungs- und Erziehungsberatungsangebote, denn starke Eltern sind die beste Prävention gegen Probleme in der Kindheit.

Gesundheit und seelische Stabilität

Gesundheit und seelische Stabilität von Kindern und Jugendlichen stehen für uns im Mittelpunkt. Wir sorgen dafür, dass kinderärztliche Versorgung flächendeckend erreichbar ist, dass U-Untersuchungen und Präventionsangebote verstärkt wahrgenommen werden, und dass psychische Gesundheitsangebote deutlich ausgeweitet werden. Die Herausforderungen der letzten Jahre — insbesondere die Zunahme psychischer Belastungen bei Kindern und Jugendlichen — erfordern mehr Beratungskapazitäten, besser zugängliche Therapieplätze und stärkere Präventionsarbeit in Schulen und Kommunen.

Schutz von Kindern und Jugendlichen

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen ist essenziell. Prävention, frühzeitige Intervention, gut finanzierte Jugendämter, Beratungsstellen und eine konsequente Strafverfolgung bei Gewalt- und Missbrauchsfällen stehen ganz oben auf unserer Agenda. Wir werden Jugendhilfe und Kinderschutzinstitutionen besser ausstatten und Verantwortliche schulen, damit Gefährdungen schneller erkannt und wirksam begegnet werden können.

Medizinische Eingriffe zur Geschlechtsänderung dürfen bei Minderjährigen nur dann erfolgen, wenn eine zwingende medizinische Notwendigkeit vorliegt. Damit stellen wir sicher, dass junge Menschen vor irreversiblen Entscheidungen bewahrt werden, bis sie volljährig und entscheidungsfähig sind.

Verantwortung der Eltern und gemeinsame Sorge

Wir glauben an die Verantwortung der Eltern — und an die Pflicht des Staates, sie zu stärken, nicht zu verdrängen. Die gemeinsame Sorge beider Elternteile soll der Regelfall sein. Nach Trennung oder Scheidung gilt, dass Kinder den Kontakt zu beiden Eltern erhalten müssen. Wir setzen auf Unterstützung statt auf Bürokratie, auf Beratung statt auf

Konfrontation, damit Erziehungsverantwortung gelebt werden kann. Unsere Maßnahmen zielen darauf ab, Sorgerechtsstreitigkeiten zu reduzieren und die gemeinsame Elternchaft zu fördern.

Landwirtschaft/Ernährung

Wir erhalten die bäuerlichen Familienbetriebe, setzen auf regionale Versorgung und schonende Landwirtschaft. Überbordende EU-Regulierung lehnen wir ebenso ab wie den Verlust unserer Selbstversorgung. Wir fördern Innovationen, schonendes Wirtschaften und transparentes Handeln – für mehr Tierwohl, Umweltverantwortung und **Freiheit**.

Ernährung

Wir wollen uns auf eine ausgewogene und gesunde Ernährung konzentrieren, die sowohl tierische als auch pflanzliche Produkte umfasst. Diese Option versorgt uns mit allen wichtigen Nährstoffen und ist realistisch, um eine gesunde und nachhaltige Ernährung zu gewährleisten.

Eine ausgewogene und gesunde Ernährung basiert auf einer Vielfalt von Nahrungsmitteln. Fleisch und andere tierische Erzeugnisse spielen in vielen Ernährungsweisen eine wichtige Rolle, da sie essenzielle Nährstoffe wie Vitamin B12, Eisen und Zink liefern, die in pflanzlichen Lebensmitteln oft nur schwer in ausreichender Menge zu finden sind.

Daher ist es notwendig, tierische Produkte in eine ausgewogene und gesunde Ernährung zu integrieren, um den Nährstoffbedarf der Bevölkerung zu decken. Wir wollen europaweit einheitliche Tierschutzstandards, die sowohl dem Wohl der Tiere als auch der Existenzsicherung landwirtschaftlicher Betriebe gerecht werden. Ziel ist ein schrittweiser Ausstieg aus Massentierhaltung – aber nur gemeinsam mit den Bauern, nicht gegen sie. Investitionen in tiergerechte Ställe und regionale Schlachtbetriebe fördern kurze Transportwege, Tierwohl und unternehmerische **Planungssicherheit**.

Viele für eine vegetarische oder vegane Ernährung benötigte Pflanzen, wie Hülsenfrüchte, Soja und Getreide, benötigen große Anbauflächen, die in Deutschland entweder nicht verfügbar sind oder für andere Nutzungen beansprucht werden. Bei der Herstellung von 1 kg veganem Produkt entstehen 3-5 kg pflanzliche Abfallprodukte, die nur über die Tiermast wieder in die menschliche Ernährung zurückgeführt werden können. Darüber hinaus können viele tropische oder exotische Produkte wie Avocados, Bananen oder Soja hierzulande nicht angebaut werden, was Importe erforderlich macht.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND tritt dafür ein, dass jeder Bürger frei entscheiden kann, was er essen möchte ohne ideologische Vorgaben.

Düngung

Eine bedarfsgerechte Düngung ist entscheidend, um Ertrag und Qualität in der baden-württembergischen Landwirtschaft langfristig zu sichern. Durch präzise Ermittlung des Nährstoffbedarfs und gezielte Ausbringung lassen sich Überdüngung und Umweltbelastungen vermeiden, während Pflanzen optimal versorgt und Böden gesund erhalten bleiben. BÜNDNIS DEUTSCHLAND würdigt die hohe fachliche Kompetenz unserer Landwirte und setzt auf ihr Know-how im Umgang mit der bedarfsgerechten Düngung. So stärken und erhalten wir die Leistungsfähigkeit unserer heimischen Landwirtschaft nachhaltig.

Mehr Freiraum statt Regulierung

Wir lehnen überzogene Kontrollen und Vorschriften ab – besonders auf EU-Ebene. Die GAP darf nicht zur zentralen Steuerung werden, sondern sollte Raum für eigenverantwortliches Wirtschaften bieten. Flächenstilllegungen oder Industrieemissionsrichtlinien, die kleinen Betrieben hohen Aufwand auferlegen, lehnen wir grundsätzlich ab. Wir verlangen mehr **Entscheidungsfreiheit** für Landwirte insbesondere in Fragen wie Düngung, Stallumbau, Geruchsregelungen oder Stoffstrombilanzen – Behörden dürfen keine unnötige Bürokratie erzeugen. Landwirte sollen

arbeiten und produzieren können, ohne durch übermäßige Vorschriften und Dokumentationspflichten behindert zu werden. Kontrollen erfolgen dort, wo sie nötig sind – unbürokratisch, gezielt und fair.

Umweltschutz mit Augenmaß

Für uns ist Landwirtschaft mehr als Nahrungsmittelproduktion. Sie trägt zur Kulturlandschaft, Biodiversität und zum Umweltschutz bei. Wir setzen auf Förderung von Humusaufbau, nachhaltige Ressourcenschonung sowie Schutz von Boden, Wasser und Luft. Importe, die unter minderwertigeren Standards produziert wurden, lehnen wir ab.

Regionale Versorgung und Selbstbestimmung

Wir stärken regionale Produktions- und Vermarktungsstrukturen – von der Erzeugung über Verarbeitung bis hin zum Verbraucher. Kurze Wege, lokal verankerte Lieferketten und Verarbeitung vor Ort sind nicht zuletzt Beiträge zur Resilienz unserer Ernährung. Die Selbstversorgungsquote soll realistisch, nicht ideologisch, erhöht werden.

Transparente Kennzeichnung und Informationsfreiheit

Herkunftsangaben und Inhaltsstoffe sind wichtig – besonders bei Importen. Verbraucher sollen genug Informationen erhalten, um selbst entscheiden zu können. Gentechnische Verfahren müssen offen deklariert und sachlich diskutiert werden, statt durch aufgebaute Angstpolitik blockiert zu werden. Unsere Bauern verdienen das Vertrauen der Verbraucher – durch Transparenz, nicht durch Indoktrinierung.

Regionale Wertschöpfungsketten und kurze Transportwege stärken unsere Versorgungssicherheit. Wir wollen die Selbstversorgungsquote realistisch erhöhen, lokale Betriebe entlasten und Verarbeitungs- sowie Vermarktungsstrukturen ausbauen, ohne sie zentral zu steuern.

Transparenz bei Lebensmitteln ist für uns unverzichtbar. Herkunft und Inhaltsstoffe müssen klar gekennzeichnet werden, besonders bei Importen. Neue gentechnische Verfahren sollen offen deklariert, verantwortungsvoll genutzt und nicht durch Angstpolitik verhindert werden – Wahlfreiheit statt Bevormundung.

Bildung in Baden-Württemberg

BÜNDNIS DEUTSCHLAND will im Bildungsbereich eine Kehrtwende herbeiführen. Für eine florierende Wirtschaft braucht es Bildung und Infrastruktur.

Die bestehenden Herausforderungen im Bereich Bildung wurden seit Jahren/Jahrzehnten kleingeredet und der Bildungsbereich stets mit knappen Kassen betrieben. Das Resultat: Baden-Württemberg rutscht immer weiter ab, das zeigen die PISA-Studien der letzten Jahre, ein Ende ist nicht abzusehen, unabhängig von der politischen Fahne, die gerade im Bildungsministerium weht.

Der im Juli 2025 aufgedeckte und veröffentlichte 20 Jahre alte IT-Fehler, der beweist, dass nicht die Schulen mit ihren Forderungen nach mehr Lehrkräften daneben lagen, sondern dass 1440 Stellen lediglich laut System als besetzt galten, ist ein Hinweis darauf, warum Überstunden die Regel sind und Unterrichtsausfall zum täglichen Geschäft gehört.

Die Schulen müssen besser ausgestattet werden mit qualifizierten Lehrkräften, zeitnahen Krankheitsvertretungen, einem langfristig gültigen Bildungsplan mit klaren Zielsetzungen ohne Zeitgeisteinflüsse und ausreichendem Material, um den Unterricht ansprechend und hochwertig anbieten zu können. Wir fordern mehr finanzielle Mittel für unser Bundesland, eine nachhaltigere Investition als in die Zukunft unserer Kinder gibt es kaum.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND steht für ein Bildungssystem, das Kinder und Jugendliche stark für das Leben macht und ihnen Aufstiegschancen bietet. Unser Ziel ist eine Schule, die Wissen, Werte und Eigenverantwortung vermittelt.

Sprache ist die Grundlage für Bildung

Gute Deutsch-Kenntnisse sind erforderlich für den Unterrichtsverlauf, das Begreifen und Lernen des Lehrstoffs, die daraus resultierenden Ergebnisse und damit der Weg in den Beruf. Die Unterschiede, die teilweise in den Klassen von der Grundschule über Weiterführende bis in die Berufsschulen zu finden sind, erschweren das Prinzip „Fordern und Fördern“. Schüler mit rudimentären Deutschkenntnissen werden überfordert, während diejenigen, die die deutsche Sprache altersentsprechend beherrschen, unterfordert bleiben. Das zieht sich durch den Unterricht und zeigt sich in den ständig sinkenden offiziellen Vorgaben hinsichtlich der Notenfindung.

Vor allem in Brennpunktschulen, muss noch mehr Wert auf sprachliche Förderung gelegt werden. Diese Heranwachsenden brauchen die deutsche Sprache, um bei uns Fuß zu fassen und wirklich anzukommen. Um möglichst allen Schülern gerecht zu werden, dürfen die Unterschiede innerhalb der Klassen nicht zu groß sein. Wir brauchen mehr homogene Klassen und setzen uns für ein besseres Arbeiten durch die Absenkung des Klassenteilers ein.

Um mehr sprachliche Förderung für die Schüler mit Bedarf zu erreichen, fordern wir einen vereinfachten Abruf der vorhandenen Fördermittel für Lehrer und Pädagogische Assistenzkräfte, die nicht über drei Umwege und zeitraubenden Beantragungen in die Schulen kommen. Denn das Geld hierfür muss direkt vom Land fließen, so dass die Schule sich um ihre eigentliche Aufgabe durch geeignetes Personal der Wissensvermittlung widmen kann.

Sprachfähigkeit

BÜNDNIS DEUTSCHLAND unterstützt den politischen Ansatz, bereits im Vorschulalter eine Überprüfung der Sprachfähigkeit anzubieten. Der nächste Schritt ist die zeitnahe und kindgerechte Sprachförderung im Vorschulalter. Die Einschulung in eine Regelklasse darf erst erfolgen, wenn die notwendigen Sprachkenntnisse nachweislich vorhanden sind. Einschulungen in Vorbereitungsklassen an Grundschulen, in denen die Sprachförderung an erster Stelle steht, bieten Möglichkeiten zur Integration, z. B. durch gemeinsamen Sport-, Kunst- oder Musikunterricht.

Sprachtests sind in jedem Alter die wichtigste Kennzahl für die Teilnahme am Unterricht auch in weiterführenden Schulen. Um dem Unterricht folgen zu können, braucht es Kriterien, die nachvollziehbar und nachweisbar sind, so dass Schüler und Lehrer in den Vorbereitungsklassen das Ziel kennen, auf das sie hinarbeiten. Der Besuch einer altersentsprechenden Regelklasse kann erst möglich werden, wenn der Sprachtest dies erlaubt. Somit wird Leistung eingefordert zum Erlernen der deutschen Sprache, die für Integration, Bildung und spätere Berufsausbildung die Basis bildet.

Sprachsensibler Unterricht, das heißt Unterricht mit einfachem Vokabular und kurzen Sätzen, ist nicht geeignet um Schüler auf ein gutes Niveau für höhere Bildungsabschlüsse zu bringen.

Kindergärten

Seit Jahren gibt es Fachkräftemangel in unseren Kindergärten, obwohl der Betreuungsschlüssel sowieso eine knappe Besetzung vorsieht. Abhilfe ist dringend erforderlich und sollte durch attraktivere Ausbildungsangebote, bessere Bezahlung sowie besseren Möglichkeiten für Quereinsteiger z. B. von bewährten Tagesmüttern, erreicht werden.

Neue Möglichkeiten für frühkindliche Bildung erschließen

Erfahrungen der PISA-Studien-Sieger zeigen, dass bereits im Kindergartenalter viel Potenzial bei der Lese-/Schreib- und Rechenfähigkeit unserer Kinder vorhanden ist. Unser bisheriges Bildungssystem, das die Kindergartenzeit einschließt, lässt für solche Entwicklungen bisher keinen Raum.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich ein für neue Erziehungs- und Bildungsmodelle, die sich an den Erfolgen anderer Länder orientieren. Dadurch können Unterschiede zwischen dem bisherigen Schulsystem und nachweislich erfolgreichen ausländischen Modellen binnen einer Dekade festgestellt und für die Bildungszukunft in unserem Bundesland wichtige Grundlagen gelegt werden.

Grundschulen

Die große Bandbreite dessen, was Grundschulkindern heutzutage bei der Einschulung mitbringen, stellt eine riesige Herausforderung für die Lehrkräfte dar. Unsere Kinder werden unter- bzw. überfordert, so dass hier viel Potenzial auf der Strecke bleibt. Dieses geht später auch für den Arbeitsmarkt verloren. Kleinere Klassen könnten mittelfristig hilfreich sein.

Klarheit in der Wissensvermittlung in grundlegenden Fragen ist für alle Lehrer und Schüler grundlegend erforderlich. Im Bereich Mathematik muss das Dezimalsystem als gesetzt gelten und der Unterricht mitsamt Lehrmaterial entsprechend aufgebaut werden. Das Fach Deutsch erfordert von Anfang an die Vermittlung der korrekten Rechtschreibung anstatt „Schreiben nach Hören“. Dazu gehört auch die Lesekompetenz in den Fokus zu stellen, durch Bücher und andere Hilfsmittel, ohne jegliche Nutzung von digitalen Medien. Unsere skandinavischen Nachbarn haben die digitale Kehrtwende aufgrund schlechter Erfahrungen bereits eingeleitet. Die Freude am Lernen ist in den Grundschulen entscheidend. Das Interesse für die zu vermittelnden Inhalte zu wecken ist zunächst wichtiger als die reine Notengebung.

Um die vorhandenen unterschiedlichen Entwicklungen von Kindern in den ersten Grundschuljahren besser ausgleichen zu können, setzen wir uns für Modellschulen ein, die die Grundschulzeit auf 6 Jahre ausweiten, verbunden mit der Möglichkeit, anschließend eine weiterführende Schule mit entsprechend verkürzter Schulzeit zu besuchen und einen adäquaten Abschluss zu machen. Vorreiter für ein solches Schulsystem sind die PISA-Sieger-Länder Singapur, Japan und Macau.

Grundschulempfehlung

Seit dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung haben sich die Schwierigkeiten in den Schulen gehäuft, und das Bildungsniveau ist gesunken. Unsere Kinder und Jugendlichen verdienen eine gute Schulbildung, vor allem den Besuch an der weiterführenden Schule, an dessen Ende sie die Chance auf einen erfolgreichen Schulabschluss derselben haben.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND setzt sich daher für eine verbindliche Grundschulempfehlung für alle weiterführenden Schulen ein. Regelmäßige und umfassende Informationen von der Grundschule an die Eltern über die Entwicklung ihres Kindes im schulischen Bereich sind wichtig. So kann die Sichtweise der Eltern, die das Kind aus dem familiären Umfeld kennen, optimal mit der schulischen Einschätzung verbunden werden. Gleichzeitig wollen wir flexible Wechselmöglichkeiten zwischen den Schularten bei guter Leistung deutlich erleichtern, um den Kindern auch nach der Grundschule stets die bestmögliche Entwicklung zu ermöglichen.

Sexualkundeunterricht

Dieser Unterricht sollte erst in den weiterführenden Schulen erteilt werden. Jegliche Frühsexualisierung im Kindergarten- oder Grundschulalter lehnen wir ab. Eltern sind in dieser Zeit der beste Ansprechpartner für ihre Kinder in diesem sensiblen Thema. Sie wissen am besten, was dem eigenen Kind zuzutrauen ist und können mit dem eigenen familiären Hintergrund dieses Thema aufgreifen.

Der Unterricht dazu in den weiterführenden Schulen muss mit der grundlegenden Neutralität erfolgen. Zeitgeisteinflüsse dürfen hier keine Rolle spielen, das Kindeswohl muss stets an erster Stelle stehen.

Weiterführende Schulen

Durch das Absenken der Anforderungen unterstützt das derzeitige Schulsystem die Schwierigkeiten bei der Studien- und Berufswahl. Gute Abschlussnoten, die die notwendige Eignung für ein Studium oder eine der vielen Ausbildungsberufe nicht widerspiegeln, verhindern einen erfolgreichen Übergang ins spätere Berufsleben und schaden unserer Wirtschaft. Um vergleichbare Abschlüsse an den unterschiedlichen Gymnasien zu erzielen, ist es wichtig, dass die Aufgaben der zentralen Abiturprüfung von allen Abiturienten geschrieben werden.

Die Realschule als Bildungsweg wollen wir gezielt stärken. Ein guter Realschulabschluss ist ein wichtiger Grundpfeiler für den Start in einen der vielen Ausbildungsberufe, die es in Deutschland gibt. Diesen Reichtum gilt es zu erhalten und zu fördern ebenso wie den Ausbildungsbetrieben geeignete Bewerber mit solider Vorbildung zuzuführen. In diesem Zuge streben wir an, den Werkrealschulabschluss beizubehalten, um praktisch orientierten Schülerinnen und Schülern eine weitere Perspektive zu eröffnen.

Staatliche und private Schulen haben ihre Berechtigung nebeneinander und sollten gleichgestellt sein. Sie sollten die gleiche Wertschätzung erfahren, ohne jegliche behördliche Erschwernisse und finanzielle Nachteile.

Bildungsinhalte und Wertevermittlung

Bündnis Deutschland steht für ein Bildungssystem, das Wissen, Eigenverantwortung und gesellschaftliche Werte vermittelt und gleichzeitig praxisnah auf das reale Leben vorbereitet. Unsere Kinder und Jugendlichen sollen zu mündigen Bürgern heranwachsen, die ihre eigenen Talente entfalten und echte Aufstiegschancen erhalten.

Lehrpläne sollen regionale Geschichte, lokale Identität und kulturelle Traditionen einbeziehen. Die deutsche Geschichte muss ausgewogen vermittelt werden: Neben der kritischen Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus sollen auch kulturelle Leistungen, wissenschaftliche Errungenschaften und technische Innovationen in den Bildungsplänen einen größeren Raum einnehmen. Unser Ziel ist ein Unterricht, der die regionale Verwurzelung stärkt, Verantwortungsbewusstsein fördert und demokratische Kultur im Alltag erlebbar macht.

Bildung muss politisch neutral bleiben und sich am Anspruch echter Demokratie orientieren. Schulen sollen keine Ideologien vermitteln, sondern ein offenes Umfeld schaffen, in dem unterschiedliche Meinungen respektiert und diskutiert werden. Eigenständiges Denken, Toleranz und gelebte Meinungs**freiheit** sind das gewünschte Ergebnis. Gender-Sprache in den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen sowie in staatlichen Stellen sind abzulehnen.

Die gewünschte Förderung von Schüler-Kompetenzen kommt in Wissenschaft, Industrie, Gesundheitswesen und Handwerk nicht an. Prozessorientiertes Arbeiten sollte deswegen in allen Schularten Grundlage werden. Das Erlernte aus mehreren Fächern zu verknüpfen und somit fächerübergreifend Aufgabenstellungen zu bearbeiten, schafft eine gute Vorbereitung auf die spätere Berufswelt.

Dazu gehört auch das Angebot von praxisnahen Wahlmodulen wie Finanzen, Alltagsökonomie, Sozialkompetenzen und Ernährung sowie eine deutliche Stärkung der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Aber der 8. Klasse sollte der Umgang mit Digitalen Medien sowie die sinnvolle Nutzung von KI vermittelt werden. Eine Zusammenarbeit mit regionalen Betrieben/Unternehmen und unseren Schulen schafft darüber hinaus eine bessere Verknüpfung zwischen dem reinen Wissenserwerb und der Anwendung des Erlernten im späteren Leben.

Durch unsere vorgenannten Maßnahmen kann eine Umkehr geschafft werden, die unseren Kindern eine sehr gute Bildung in den weiterführenden Schulen bietet und damit verbunden einen guten Start in Ausbildung, Studium und Berufsleben.

Mehr Autonomie für Schulleitungen

Das Bildungssystem steht vor tiefgreifenden Herausforderungen: Digitalisierung, Fachkräftemangel und gesellschaftliche Vielfalt verlangen von unseren Schulen mehr Flexibilität und Innovationskraft. Ein rein zentralistisch organisiertes Schulsystem wird diesen Anforderungen nicht mehr gerecht. Zu viel Zeit geht im bürokratischen Alltag verloren z. B. durch statistische Erhebungen. Wir fordern daher mehr Handlungsspielraum für die Schulleitungen in der Bewältigung der vorliegenden Probleme. Der veröffentlichte IT-Fehler im Juli 2025 wäre durch mehr Autonomie in den Schulen nicht entstanden.

Die Bildungspläne in Baden-Württemberg sind von ihren Inhalten her vorbildlich ausgearbeitet. Gleichzeitig verhindern die aktuellen Vorgaben des Landes wie starre Stunden- und Prüfungsstrukturen einen schülerzentrierten Umgang mit den einzelnen Themeninhalten.

Statt den Bedarf an Lehrkräften für das neue Schuljahr nur zu melden, sollten die Schulleitungen ihre Stellenausschreibungen auch selbst veröffentlichen können. Vorstellungsgesprächen sowie die Entscheidungshoheit über eine Einstellung muss den Schulen überlassen werden, auch für Quereinsteiger. Erst wenn Stellen unbesetzt bleiben, sollte das Schulamt oder Regierungspräsidium tätig werden und Lehrkräfte an die Schulen vermitteln. Mit dieser Maßnahme können die Schulen gezielt pädagogische Profile fördern oder wichtige Kompetenzen ins Kollegium holen. Dazu gehört auch, jungen Lehrern unbefristete Arbeitsverträge auszustellen, anstatt sie in den Sommerferien wiederholt in die Arbeitslosigkeit zu schicken.

Wir setzen uns für eine Erhöhung des bislang verfügbaren Budgets der einzelnen Schulen ein, damit die Schulleitungen verantwortungsvoll und frei entscheiden können, was für ihre Schule an Anschaffungen nötig sind. Damit wird die bürokratische Belastung, zum einen für das Ausfüllen von Anträgen in den Schulen als auch für die Bearbeitung derselben beim zuständigen Amt, reduziert und eine schnellere Umsetzung ermöglicht.

Nicht zuletzt sollen Schulleitungen zu einem Wettbewerb der Ideen angeregt werden. Neue Unterrichtsformen und erfolgreiche Konzepte sollten besser kommuniziert werden. Insgesamt ist ein dezentrales eigenverantwortliches Schulsystem der Schlüssel zu einer modernen, zukunftsfähigen Bildung in Baden-Württemberg.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert daher mehr **Freiheit** für die Schulleitungen als Verantwortliche einer Schule in der Umsetzung des Bildungsplanes und in Personalfragen ein.

Berufsschulen und duale Ausbildung stärken

BÜNDNIS DEUTSCHLAND fordert einen nachhaltigen und am Menschen orientierten Umgang mit den gesellschaftlichen Herausforderungen der Künstlichen Intelligenz und allgemeinen technologischen Entwicklung.

Alibaba Gründer Jack Ma sagte 2018 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos, dass Kinder in Schulen heute das Lernen müssten, was Maschinen nicht könnten. Das Handwerk hat also Zukunft. Mit mehr als 300 formal anerkannten Ausbildungsberufen ist Deutschland hier weltweit führend. Dieser Reichtum muss geschützt, gefördert und ausgebaut werden.

Die Beruflichen Schulen in Baden-Württemberg und mittelständischen Unternehmen bilden hier die wesentlichen Säulen, die es zu stärken und zu unterstützen gilt. Hier gilt es die Bedürfnisse und Anforderungen beider Seiten noch besser aufeinander abzustimmen. Entsprechende schulische Konzepte, wie das Berufsvorbereitende Vorqualifizierungsjahr, in denen den Schülern Grundfertigkeiten in handwerklichen Bereichen vermittelt werden, sowie das innovative und praxisorientierte Konzept des 6-jährigen Beruflichen Gymnasiums, in denen sich Schüler früh für die Bereiche Technik, Wirtschaft oder Gesundheit/Soziales spezialisieren können, sollen unterstützt und weiter ausgebaut werden.

Am Leitsatz „Kein Abschluss ohne Anschluss“ hält BÜNDNIS DEUTSCHLAND fest. Das Ideal des lebenslangen Lernens soll fest in unserer Gesellschaft verankert bleiben. Einen höheren Abschluss erreichen zu können, ist in Deutschland jederzeit möglich

Medien/ÖRR

BÜNDNIS DEUTSCHLAND unterstützt die Idee eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die Aufgabe eines solchen Rundfunks muss es sein, dem Bürger umfassende Informationen zu liefern, die ihn bei der politischen Meinungsbildung unterstützen. Diese Aufgabe ist mit Respekt vor dem demokratischen Souverän zu erfüllen.

Das gegenwärtige öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehsystem erfüllt diese Aufgabe nicht. Aus Sicht von BÜNDNIS DEUTSCHLAND informiert es nicht, sondern es manipuliert den Souverän, es täuscht ihn und verfolgt eine eigene politische Agenda. Eine Reform erscheint in der heutigen Form und mit dem heutigen redaktionellen Personal nicht möglich. Deshalb fordert wir einen vollständigen Neuaufbau des ÖRR.